

b unabhängige **auernstimme**

Januar 2011

Nummer 340 – K 12858 / 3,00 €

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



**bäuerliche Landwirtschaft stärken.
Weltweit!**

Foto: Herzog

EU-Agrarreform

Benny Haerlin über die Kampagne „Meine Landwirtschaft-Unsere Wahl“. Hubert Weiger, Armin Paasch und Josef Göppel bewerten den Kommissionsvorschlag aus Sicht von Naturschutz, Landschaftspflege und Entwicklungshilfe-Organisationen. Seiten 12 und 13

Milch

Bäuerinnen demonstrieren vor Müllers Molke-
rei in Bayern. Die EU-Kommission will eine
Erzeugerbündelung von dreieinhalb Prozent
zulassen. Eine Kampfansage an die Milchbau-
ern findet der AbL-Vorsitzende Graefe zu
Baringdorf. Seiten 4 bis 7

Massentierhaltung

Wechsel in Niedersachsen. Der Nachfolger im
Agrarministeramt, Gerd Lindemann, ver-
spricht keine Änderung. Staatssekretär Ripke
informierte den niedersächsischen Agrar-
ausschuss über tierquälerische Bedingungen in
der Geflügelmast. Seiten 10 und 11

Die Seite 3

Wachsender Widerstand gegen EU-Freihandelsabkommen . 3

Milch

Klöpfeln bei Theo Müller. 5

Schweizer Sitte oder Kräfteungleichgewicht 5

Das ist eine Kampfansage an die Milcherzeuger 6

Milchpaket der EU-Kommission 7

Bewegung

Der Weihnachtskarpfen. 4

Gentechnikfrei – Wir bleiben dran. 8

Unternehmer unterwegs. 14

Massentierhaltung

Was kommt nach Grotelüschchen? 10

Zahnlose Kritik an Qualzucht und Qualhaltung 10

Markt

Unheimliche Schwestern 11

Schwerpunkt

Meine Landwirtschaft – unsere Wahl 12

Agrarreform: Drei Bewertungen 13

Nachbau

„Urteil weisst über die Gentechnik hinaus“ 15

Gentechnik / Patente

Mit bunter Vielfalt 16

Boccolipatent weiter ungeklärt 17

Philosophie

Wieviele Blumen darf ich pflücken? 17

Weitere Themen

Zu Besuch bei Petra Jacob und Elisabeth Waizenegger, Seite 9;
Eine Bauer erzählt, Seite 19; Lesen, Seite 20-21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

Impressum **U**auernstimme

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

Redaktion: Christiane Hinck: 02381-492289; Marcus Nürnberger: 02381-492220; Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag/ Aboverwaltung: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de
Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich
Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Inhaltsverzeichnis

Geben Sie mal bei youtube den Begriff „Landwirtschaft“ ein und sortieren Sie die Filme danach wie oft sie angesehen wurden. Auf den ersten 100 Plätzen finden sie ausschließlich Mitschnitte aus dem Computerspiel „Landwirtschafts Simulator“. Zu Techno-Rhythmen fahren maßstabsgetreue Landmaschinen endlose virtuelle Äcker ab. Auch bei Google rangiert das Spiel gleich hinter Wikipedia. Die nächsten Plätze belegen die Serie „Feuer und Pannen in der Landwirtschaft“ und eine Spielzeugfirma. Irgendwann auf Seite 6 kommt „Gentechnik in der Landwirtschaft“ von Greenpeace. ABL, Deutscher Bauernverband, Ilse Aigner und Dacian Ciolos spielen in dieser Welt keine Rolle, am Rande tauchen der Jungbauerkalender, Permakultur und Biowerbung auf. Wenn Städter sich Landwirtschaft vorstellen, dreht sich dem Bauern schon mal der Magen um; auch bei den Ansichten „landwirtschaftsferner“ Nachbarn über Gülle oder



Kommentar

Sauberkeit. Hilft nichts. Denn, wenn Bayer, BASF und die deutsche Forscherelite samt ihrer Ministerin Ilse Schavan (Frau Aigner sitzt da nur am Katzentisch dabei) sich die „wissensbasierte Bioökonomie“ von morgen vorstellen, in die kürzlich 2,4 Milliarden flossen, kommen Bauern gar nicht mehr vor. Der deutsche Bioökonomierat sieht – mit voller Unterstützung seines Mitglieds Dr. Helmut Born vom DBV – den

Bauern von morgen vornehmlich als Biomasse-Lieferanten für die Industrie. Wer nicht liefern kann, für den stehen Investment-Fonds der Ban-

Ein neuer Gesellschaftsvertrag?

ken und Bodenspekulanten bereit. Die Bodenpreise steigen rasant. Mit Lebensmittelproduktion wie wir sie kennen, sind sie schon jetzt nicht zu erwirtschaften.

„Wir haben es satt!“ rufen dagegen die wahren Freunde der Landwirtschaft von morgen bei der Demonstration am 22. Januar am Brandenburger Tor: Bauern, Umweltschützer, bewegte Christen, Tierfreunde, Globalisierungsgegner, neue Gartenbewegte, Köche und Gentechnikgegner ziehen hier an einem Strang. Das ist neu. Mit der Kampagne „meine Landwirtschaft“ werben sie für einen neuen Gesellschaftsvertrag werben zwischen Verbrauchern und Bauern, ökologischer Vernunft, globaler Gerechtigkeit und bäuerlicher Landwirtschaft: Gute Lebensmittel von hier gegen gerechte Preise und politische Unterstützung in der Auseinandersetzung mit der Agrarindustrie, Lebensmittelkonzernen und den mächtigen agrarpolitischen Seilschaften von gestern, die sich gerade (auch neu) gegen die Vorschläge des EU-Agarkommissars Ciolos für eine grünere, transparentere und gerechtere EU-Agrarpolitik trotzig in Stellung bringen.

Zu einem solchen Bündnis und neuen Gesellschaftsverträge gehören auch Zweifel, Offenheit und Ehrlichkeit. Sie sind der wahre Vorsprung, den wir vor den Heilsversprechen der Techno- und Markt-Radikalen haben. Wir sollten ihn gemeinsam nutzen. Vielleicht unterhalten wir uns darüber, wenn wir uns das nächste Mal bei Aldi treffen. Auf jeden Fall sollten wir darüber sprechen, wenn wir gemeinsame Debatten über die EU-Agrarreform veranstalten, vor Ort, auf dem Hof, in der Gemeinde, auch in Berlin, in Brüssel und im internet, nicht nur als Simulation, sondern als echter Landwirtschafts-Stimulator: Hau rein 2011!

Benny Haerlin

Zukunftsstiftung Landwirtschaft

Meldung des Monats

Vatikan distanziert sich von Gentechnik-Lobby

Der Papst lässt sich nicht von der Gentechnik-Lobby vor deren Karren spannen: Anfang Dezember veröffentlichten acht Gentechnikbefürworter, die im Mai 2009 an einer Studienwoche der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften teilgenommen hatten, ein Positionspapier zur Grünen Gentechnik. Darin plädierten die Autoren mit den bekannten Argumenten der Gentechnik-Industrie für die Ausweitung des gentechnischen Anbaus und die Lockerung von Restriktionen. Das Plädoyer hatte den Anschein, Tagungsergebnis der Päpstlichen Akademie zu sein oder sogar die Meinung des Papstes wiedergäbe. Kurz darauf flog der Irrtum durch eine Stellungnahme des Bischof Marcelo Sanchez Sorondo, Leiter der Akademie, auf: Lediglich sieben von 80 Mitgliedern der Akademie waren an dem Papier überhaupt beteiligt. Auch ein Sprecher des Vatikans stellte klar, dass es sich bei dem Papier der sieben Wissenschaftler nicht um die Position des Papstes handelte.

ch

Wachsender Widerstand gegen EU-Freihandelsabkommen

Ein Gespräch mit einer indischen Bauernvertreterin über geplante Freihandelsabkommen mit der EU und die gesellschaftliche Bewegung

Am 10. Dezember hat das Gipfel-Treffen zwischen Indien und der EU in Brüssel stattgefunden. Dabei ist das geplante Freihandelsabkommen ein Stück fester gezurrt worden. Auch für Agrarprodukte sollen die Zölle fallen. Kurz vor dem Treffen in der EU mobilisierte sich die Zivilgesellschaft. In einem gemeinsamen offenen Brief (Bauernstimme 12-2010) fordern mehr als 240 Nichtregierungsorganisationen aus Europa und Indien den Stop der laufenden Gespräche. Was in Indien los ist, erzählt Dr. Sagari R Ramdas. Sie ist Direktorin der indischen Nichtregierungsorganisation ANTHRA, die sich mit nachhaltiger Viehhaltung und kleinbäuerlichen Strukturen auseinandersetzt.

Bauernstimme: Frau Ramdas, ANTHRA hat den offenen Brief mitgezeichnet. Wie schätzen Sie die zivilgesellschaftliche Bewegung ein?

Dr. Sagari R Ramdas: Ich bin der Meinung, nur ein starkes Bündnis zwischen der indischen und europäischen Bewegung kann die Freihandelsgespräche noch in eine andere Richtung lenken. Wir müssen den Druck auf die jeweiligen Abgeordneten aufrecht erhalten und ihnen deutlich zu verstehen geben: Sie können nicht machen, was ihnen gefällt. Es steht zu viel auf dem Spiel. Existenzen von Millionen von Bäuerinnen und Bauern würden durch ein Freihandelsabkommen zerstört werden. Sowohl in Indien als auch in der EU.

Erklären Sie uns bitte genauer, was auf die Bäuerinnen und Bauern in Ihrem Land zukommen würde.

90 Prozent der Bauern sind marginalisierte Kleinproduzenten. Ihre Existenz hängt ausschließlich an der Landwirtschaft. Ein Freihandelsabkommen, wie es derzeit diskutiert wird, würde ihre Lebensgrundlage mächtig zerrütten. Das zeigt das Beispiel Milch. Im Jahr 2002 senkte Indien die Zölle für Milchprodukte auf Null. Butter und Milchpulver, auch exportsubventioniert, gelangten aus der EU auf unseren Markt und drückten den Milchpreis derart nach unten, dass die Zölle wieder eingesetzt worden sind. Derzeit sind es 30 Prozent. Eine erneute Marktöffnung im Milchbereich hätte also fatale Folgen.

In den Handelsgesprächen geht es neben der Öffnung von Märkten auch um Investitionsabkommen, den Zugang zu Rohstoffen und weitere Themen.

Ja, es winken von mehreren Seiten Probleme. Wird der Zugang zu Investiti-

onen gelockert, dann könnte das Landgrabbing noch schneller vorangetrieben werden. Außerdem sind alle Bauern und indigenen Völker Produzenten und Konsumenten zugleich. Sie sind angewiesen auf das sogenannte öffentliche Beschaffungs- und Verteilungssystem für Getreide zur eigenen Versorgung, um die Ernährungssicherheit in den Haushalten zu gewährleisten. Die EU will den Zugang zu diesem öffentlichen Beschaffungssystem. Und zu guter Letzt würden auch die indigenen Völker mit dem Rücken an der Wand stehen, wenn der Zugang zu unseren Rohstoffen liberalisiert wird. Sie leben meist in Wäldern, in denen teilweise eben auch Eisenerz, Granit, Halbedelsteine und vieles mehr zu finden sind. Sie könnten beim Abbau vertrieben werden. Wir arbeiten mit der indigenen Gruppe Adivasi zusammen. Sie werden sich mit allen Mitteln wehren, denn sie haben viel zu verlieren.

Gibt es auch noch weitere Vernetzungen in der Gesellschaft? In Deutschland besteht beispielsweise eine enge Zusammenarbeit zwischen Bauern, Umweltschützern, Tierschützern und Entwicklungsorganisationen.

In Indien ist es so, dass unsere großen Bauernverbände oft mit politischen Parteien verbunden sind. Die meisten davon arbeiten mit der Kongresspartei oder der nationalen Partei BJP zusammen und haben sich an den Protesten bisher nicht beteiligt. Bauernorganisationen, die mit den linken Parteien zu tun haben oder unabhängig sind, unterstützen meistens die Protestbewegungen. Gemeinsam mit Entwicklungsorganisationen und einigen Umweltgruppen. Es gibt aber auch Umweltverbände, meist sind es die großen, die nicht in diesen Bewegungen sind.

Wie beziehen Sie die Gesellschaft mit in diese Debatte?

Die wichtigsten Zeitungen berichten immer mehr über die wachsenden Proteste, unsere kritischen Analysen und den Widerstand gegen das Abkommen zwischen der EU und Indien, sowohl in Englisch als auch in den heimischen Sprachen. So wird eine breitere Gesellschaft involviert.

In früheren Gesprächen der Welthandelsorganisation ist Indien immer eher als Kritiker der Marktöffnung aufgefallen. Wie passt das mit einem Freihandelsabkommen zusammen, in dem wesentlich weitreichendere Abschlüsse geplant sind?



Dr. Sagari R Ramdas kämpft für den Erhalt bäuerlicher Kultur in Indien.

Foto: ANTHRA

Indiens Position ist gespalten. In den WTO-Verhandlungen hat die Politik die Position der Zivilgesellschaft und im Sinne der Bürger eingenommen. Damit sollten Wählerstimmen gesammelt werden. Das hat die Menschen getäuscht. Selbst die Bauern glaubten, dass die Politik hinter ihnen steht. Wie dem auch sei, bei den laufenden Freihandelsgesprächen werden die Gelegenheiten für schmutzige Deals genutzt.

Diese Verhandlungen sind für die Öffentlichkeit nur schwer nachzuvollziehen. Die Türen bleiben uns verschlossen. Und die Zivilgesellschaft muss sich sehr anstrengen, um überhaupt an Informationen zu kommen. Das war bei den WTO-Verhandlungen anders.

Vielen Dank für das Gespräch

Berit Thomsen

Offener Brief: www.abl-eu.de/themen/fairer-welthandel/positionen

Ohne Rücksicht auf bäuerliche Verluste

In einer Pressemitteilung der AbL kritisiert die Bundesvorsitzende Maria Heubuch: „Wir Milcherzeuger wissen nur zu gut: Steigt die Milchmenge auf dem Markt nur ein bisschen stärker als die Nachfrage, dann brechen sofort die Preise ein. Wenn Indien seinen Binnenmarkt nicht ausreichend vor landwirtschaftlichen Importen eben auch aus der EU schützen kann, dann droht dort den Bäuerinnen und Bauern ein Preisdebakel und vielleicht sogar das Aus.“ „Wir fordern, dass die Handelsgespräche umgehend neu ausgerichtet werden. Indien muss seinen landwirtschaftlichen Markt vor Dumpingimporten jederzeit schützen können. Und die EU ist gut beraten, den Qualifizierten Marktzugang einzubringen. Das bedeutet die Berücksichtigung von ökologischen und sozialen Kriterien bei Importen“, so Heubuch.

„Die deutsche Bundesregierung und allen voran das Landwirtschaftsministerium untermauern die Strategie der Marktöffnung noch. Sie wollen in der europäischen Agrarpolitik und in der derzeitigen Reformdebatte an der blinden Exportorientierung festhalten“, kritisiert die AbL-Bundesvorsitzende Heubuch, „Aigner und Co sollten den Weg der Exportorientierung in der Agrarpolitik schleunigst aufgeben. Das ist ein wichtiger Meilenstein, damit die EU auch auf Handelsebene vernünftige Regeln im Sinne der Bäuerinnen und Bauern weltweit einbringen und durchsetzen kann.“

Der Weihnachtskarpfen

Es war eine uralte Abmachung. Es gab darüber keinen schriftlichen Vertrag. Die Abmachung ging wahrscheinlich zurück auf ein Handschlaggeschäft, das sein Ur-Ur-Ur-Urgroßvater einst mit dem Ur-Ur-Ur-Urgroßvater des Fischers abgeschlossen hatte. Der Fischer hatte damals eine Reihe von Karpfenteichen mit variablen Wasserständen angelegt, die über ein System von künstlichen kleinen Bächen miteinander verbunden waren, damit das Wasser in Bewegung und infolgedessen frisch und sauerstoffreich blieb. Einer dieser künstlichen Bäche verlief mitten durch das Grünland seines Ur-Ur-Ur-Urgroßvaters, der auch schon Bauer gewesen war, was sonst. Eigentlich hatte dieser nur Vorteile von dem künstlichen Bach; schließlich konnten seine Rinder und Pferde direkt aus dem fließenden Wasser saufen. Um eine gute Viehtränke hatte der Bauer sich fortan nicht mehr kümmern müssen. Trotzdem schaffte er es, dem Fischer für die Bereitstellung seines Landes zum Zwecke der Fischteichbelüftungsbachanlage eine jährliche Pacht abzutrotzen, die nicht monetär war, sondern ziemlich fischig. Seit Menschengedenken erhielt seine Familie von der Familie des Fischers jährlich eine halbe Tonne Fisch. Karpfen.

Immer nur Fisch

In der Bauernfamilie gab es andauernd Fisch. Carsten konnte keinen Fisch mehr sehen. Er wunderte sich, dass seine Eltern und er vor lauter Fischessen noch keine Kiemen hatten. Normale Leute aßen vielleicht ab und zu einmal Fisch. Er hatte von Familien gehört, in denen traditionell immer freitags Fisch gegessen wurde. In der Schule hatte jemand erzählt, bei ihm zuhause gebe es manchmal Fischstäbchen, die rechteckig und braun waren und keine Gräten hatten. So etwas kannte Carsten nicht. Er kannte nur echten Fisch, der gekocht wurde, bis sein Blick glasig war. Immer musste er an den Blick der Karpfen denken, die ihn – so empfand er es – aus dem offenen Kochtopf heraus vorwurfsvoll anstarrten, während er in der Küche am Esstisch seine Hausaufgaben machte. Und dann dieses Gefrickel beim Essen. Seine Mutter gab ihm immer ungefragt ein Seitenstück des Karpfens, bäh, mit dieser wabbeligen Haut, um dann auf seinem Teller dieses Stück Wabbelfisch nach Gräten abzusuchen. Wenn sie damit fertig war, sah sein Stück Karpfen aus wie schon einmal gegessen. Ein weißer Haufen auf seinem Teller, den er vielleicht mit viel

Ketchup hätte aufpeppen können, aber Ketchup kaufte seine Mutter nie. Sie sagte immer, dass sie für gammelige, auf Teufel komm raus gesüßte Tomaten niemals Geld ausgeben würde. Also musste Carsten den Karpfen unaufgepeppt essen. Doch er musste ihn essen. Sonst würde das Wetter schlecht werden, sagte seine Mutter immer. Und dafür wollte er nicht verantwortlich sein. Er erinnerte sich, wie seine Eltern einmal in der Diele standen, nach draußen in den Regen guckten und weinten, gemeinsam, Hand in Hand. Ihr Heu war pressfertig gewesen, und dann hatte es in die Schwaden hinein geregnet. Carsten wusste, wie schlimm das damals gewesen war. Seine Eltern weinten gemeinsam. Das mussten die schweren Zeiten sein, von denen sie beim Heiraten immer erzählten. Dann hatte seine Mutter sich einen Ruck gegeben und gesagt: „Ich mach mal den Fisch!“ und war in die Küche gegangen, während sein Vater stehen geblieben war, um noch eine Zeitlang alleine weiter zu heulen. Daran wollte Carsten unmöglich schuld sein, also aß er sei-



Ein Weihnachtsbrauch: Fisch mit vielen Gräten

Foto: Bredehorn/ Pixelio

nen Teller immer leer. Auch wenn er voll mit Karpfen war.

In Carstens Familie gab es andauernd Karpfen. Normale Leute aßen Karpfen vor allem in der Weihnachtszeit, aber Carstens Mutter kochte Karpfen zu Ostern, zu Pfingsten, zu den Geburtstagen, na ja, eigentlich immer. Carsten war sich sicher, dass sogar sein Name mit Karpfen zu tun hatte. Immer stellte er sich vor, wie seine Mutter hochschwanger am Herd stand, um den Fisch zu kochen, und sein Vater saß

schon am Tisch und aß. Vielleicht hatte seine Mutter dann gefragt: „Wie soll unser Kind denn eigentlich heißen?“, und er hatte mit vollem Mund und infolgedessen undeutlicher Aussprache geantwortet: „Karpfen!“, und so war sein Name beschlossen worden.

Weihnachtsbesorgungen

Jetzt saß Carsten wieder einmal im Auto auf dem Beifahrersitz. Es war Heiligabendvormittag, und seine Mutter hatte mit ihm gemeinsam auf den letzten Drücker die Weihnachtskarpfen besorgt. Zu Weihnachten bekamen auch einige Freunde von Carstens Eltern ein paar Fische ab. Carsten und seine Mutter waren die letzten Kunden gewesen; hinter ihnen hatte der Fischer das Tor zugesperrt. Carstens Mutter fuhr das Auto, und Carsten hielt mit seinen Händen und zwischen seinen Beinen die große Plastiktüte mit den zehn Weihnachtskarpfen. Sie lebten noch. Der Fischer holte sie immer mit einem großen Kescher aus den Becken, und dann kamen sie bei lebendigen Leibern in die Plastiktüte. Jeder sollte

Wahrscheinlich, so dachte Carsten, liegen sie da jetzt nur rum und wissen nur eins: Dass nämlich alles scheiße ist. Dass wirklich alles, alles scheiße ist. Carsten dachte nach. Ja, er war sich sicher: Ein Karpfen ohne Wasser, ohne Luft, die er atmen konnte, in einer Plastiktüte auf dem Weg zur Schlachtung musste einfach alles scheiße finden. Er guckte noch einmal in die Tüte. Der oberste Karpfen blickte ihn an; er sah ihm direkt in die Augen, und sein Blick schien zu sagen: „Hilf mir! Bitte! Tu doch was!“

Die Befreiung

Carstens Mutter hielt an. Carsten guckte hoch. Sie konnten gerade nicht weiterfahren, weil Bauer Behrens mit seinem Trecker ein Auto, das offenbar in den Graben gerutscht war, wieder herauszog. „Graben!“, dachte Carsten: „Graben! Das ist es!“ Und ohne weiter zu überlegen, machte er die Tür auf, sprang aus dem Auto, schnappte sich die schwere Plastiktüte und lief zum Graben. „Was zum Teufel hast du vor?“, rief seine Mutter noch, da hatte Carsten die Karpfen schon in den Graben gekippt, wo sie nach einem kurzen Augenblick der Orientierungslosigkeit mit – wie Carsten fand – freudig erregten Schwanzflossenschlägen auf Nimmerwiedersehen verschwanden.

Carstens Mutter stand nun neben Carsten und schaute ebenso wie er den entschwindenden Karpfen hinterher. „Sag mal, spinnst du jetzt total?“, fragte sie. „Die Karpfen taten mir plötzlich so leid, so ohne Luft, in der Tüte...“, murmelte Carsten. „Und was sollen wir jetzt heute Abend essen? Und was sollen Hansens essen? Und Petersens? Und die anderen alle?“ „Kartoffelsalat mit Würstchen!“, schlug Carsten vor, und nach einer kleinen Weile des Überlegens meinte seine Mutter: „Eigentlich gar keine schlechte Idee. Das ist mal etwas anderes als ständig dieser Fisch...“

Seitdem hat es bei Carsten zuhause zwar immer wieder und ständig Fisch gegeben, aber nie mehr zu Weihnachten. Heiligabend gibt es nun immer Kartoffelsalat mit Würstchen, ebenso wie bei Hansens, Petersens und allen anderen. Und wenn Carstens Eltern heutzutage Karpfen holen, dann immer in einer Wasserwanne auf der Ladefläche ihres Pickups. Niemals mehr in einer Plastiktüte ohne Luft...

Matthias Stührwoldt

seinen Weihnachtskarpfen selber schlachten dürfen. Erst war das Gezappel in der Tüte groß, aber das legte sich nach kurzer Zeit. Carsten guckte in die Tüte. Mit starren, mit schreckgeweiteten Blicken lagen die Karpfen darin und schnappten verzweifelt nach Luft. Tja, dachte Carsten: Ich hab keine Kiemen, und ihr habt keine Lungen. Und trotzdem empfand er plötzlich Mitleid. Diese armen Viecher! Liegen da in der Tüte, haben Atemnot und wissen nicht, was mit ihnen gleich geschehen wird.

„Klöpfeln“ bei Theo Müller

Milchbäuerinnen statteten Milchmogul Theo Müller vorweihnachtlichen Besuch ab

300 Milchbäuerinnen aus weiten Teilen Deutschlands (darunter auch aus dem Kreis Freudenstadt und der Ortenau) praktizierten den alten bayerischen Brauch des „Klöpfelns“ – Anklopfen, Verse vortragen und um gute Gaben bitten!

**„Herr Müller, der hat uns verklagt.
Herr Müller hat zu uns gesagt:
So etwas akzeptier' ich nicht,
vor meinem Tor blockiert man nicht!“**

Nach einer Andacht im Freisinger Dom zog die Prozession, begleitet von Polizei und BDM-Bauern aus der Region, dick vermummt der Kälte trotzend und umgedichtete Lieder singend („Heute Theo wird's was geben“) zu einem Grundstück zwischen Schlüter-Hallen und Weihenstephan-Milchwerk. Hier fand die abschließende Kundgebung statt.

**„Herr Müller, jetzt hör mir mal zu,
von der Milch, da lebe ich und du.
Ich melk' die Kuh daheim im Stall,
und du, du füllst das Kühlregal.“**

Mit Klöpfelsprüchen und weiteren selbst gedichteten Liedern wollten sie Theo Müller zu einem persönlichen Gespräch aus seinem Milchwerk locken, doch leider nahm dieser die Herausforderung nicht an.

Anlaß des Ausfluges nach Freising war die Klage, die Theo Müller gegen acht Milchbauern, den Bauernverband Brandenburg und den Bundesverband Deutscher Milchviehhalter zur Zeit führt.

**„Wir beide sollten Partner sein,
die Bauern und die Molkereien.
Wir beide leben Hand in Hand,
was wärest du ohne Bauernstand?“**

Im Jahr 2008, während des ersten Milchlieferstopps, hatten Bauern die Zufahrtsstraßen zu seinem Milchwerk in Leppersdorf blockiert. Müller fordert Schadenersatz in Höhe von 680.000 Euro.

Der BDM hingegen verweist auf die nach Beendigung des Lieferstopps gestiegenen Preise für Milchprodukte. Theo Müller hätte durch den Streik eher profitiert als Verlust gemacht.

**„Drum wünschen wir zur Weihnachtszeit
Herr Müller dir Besinnlichkeit.
Du hast ein Herz und keinen Stein,
so lass' doch diese Klage sein.“**

Theo Müller hatte am Vormittag die blauen Hinweisschilder auf Weihenstephan an der Milchstraße verhüllen lassen. Doch die Milchbäuerinnen reagierten prompt und deckten sich mit Müllermilch- und Weihenstephanprodukten ein, damit auf Filmen und Fotos eindeutig klar wird, wem der Be-



Auf dem Weg zur Molkerei werden die Bäuerinnen von Musik begleitet. Foto: Weiß

such gilt. Auch betonten die Bäuerinnen, sie würden den Weg hierher wieder auf sich nehmen, würde Herr Müller an seiner Klage festhalten. „Der Acker hier lädt ja geradezu dazu ein“, sagte Christine Schneebichler, Bundesbeirätin im BDM.

Beate Beilharz

Wer den BDM auch finanziell unterstützen möchte, kann dies tun unter: Kto. 100312835, BLZ 79362081 bei der Raiffeisenbank Geroldshofen.

Schweizer Sitte oder Kräfteungleichgewicht?

Bei Delegiertenversammlung der Branchenorganisation Milch wurde nicht lange diskutiert

Die Liberalisierung des Marktes in der Schweiz ist hochproblematisch. Seit dem Auslaufen der Quote im Mai 2009 werden Übermengen produziert, rekordhohe Butterberge sind entstanden. Im Rahmen des Freihandelsabkommens zwischen EU und Schweiz wird zwar einerseits mehr Schweizer Käse in die EU exportiert. Zugleich verdrängen aber billige Importprodukte Schweizer Käse aus den heimischen Supermarktregalen. Die Milchpreise spiegeln diese Situation am Milchmarkt wider: Im Monat Oktober erhielten die Milcherzeuger einen Basispreis von durchschnittlich 60 Rappen / kg Milch, unter Berücksichtigung der Direktzahlungen fehlen Talbetrieben damit 25-30 Rappen / Liter zur Vollkostendeckung. Die Milchüberschüsse werden weit unter Produktionskosten auf den Märkten der EU oder dem Weltmarkt abgesetzt.

Auf der Jahresversammlung der Branchenorganisation Milch (BOM) am 24.11.2010 wurde nun im Interesse der Molkereien eine Segmentierung in A, B und C-Preise

beschlossen. Während für die A-Milch der Richtpreis gezahlt wird, erhalten die Erzeuger für als B oder C deklarierte Milch nur weit geringere Preise. Dieses Modell hat keine mengensteuernde Wirkung und wurde dennoch als Maßnahmenkatalog zur Stabilisierung des Milchmarktes auch von den Produzentenvertretern der BOM so angenommen. Stabilisiert wird hier der Milchpreis auf niedrigem Niveau.

Marktmacht für Erzeuger

Die Milcherzeuger können nicht entscheiden, ob sie Milch zu einem gesetzten B-Preis produzieren wollen. Sie erhalten erst mit der Milchgeldabrechnung und damit im nachhinein die Information, wie hoch der Anteil an Milch war, die zu hochpreisigen Inlandsprodukten verarbeitet wurde und wie hoch der Anteil der Billigmilch war, die im wesentlichen in den Export geht. Die Milcherzeuger haben keinerlei Steuerungsmöglichkeit bezüglich Preis oder Menge. Dieser Beschluss der Delegiertenversammlung zeigt

noch einmal ganz klar, dass eine so genannte Branchenorganisation den Milcherzeugern keine Marktmacht verschafft. Stattdessen wird der Druck der Molkereien auf die Erzeuger nur in institutionalisierte Bahnen gelenkt. Was es braucht ist eine unabhängige Erzeugerorganisation, die – von der Regierung mit der Allgemeinverbindlichkeit für ihre Entscheidungen ausgestattet – die Milchmengen in Eigenregie entsprechend der hochpreisigen Marktnachfrage steuern kann. Dies will der Antrag Aebi erreichen, der, nachdem er im Nationalrat (entspricht dem deutschen Bundestag) angenommen wurde, nun noch durch den Ständerat durch muss. Dieser wird das Thema im Frühjahr 2011 behandeln. Bis dahin heißt es, sich in Geduld zu üben und zuzuschauen, wie das System Branchenorganisation Milch den Bach hinuntergeht. Die Schweiz, obwohl nur ein einziges Land, zeigt uns, was in der EU mit 27 Mitgliedsstaaten ganz sicher auch nicht klappen kann.

Sonja Korpeter

Das ist eine Kampfansage an die Milcherzeuger

Der AbL-Vorsitzende kritisiert den Vorschlag der EU-Kommission und fordert Aigner zum Gegensteuern auf

Bauernstimme: Der EU-Agrarkommissar schlägt vor, dass sich Europas Milchbauern in Erzeugergemeinschaften bündeln dürfen, auch länderübergreifend, um zu mehr Marktmacht gegenüber den Molkereien zu kommen. Warum kritisiert die AbL den Vorschlag?

F. W. Graefe zu Baringdorf: Wir haben einen gesetzlichen Rahmen für das Recht der Bauern zur Bündelung in der ganzen EU immer eingefordert. Aber das, was die Kommission nun vorschlägt, bringt den europäischen Milcherzeugern nicht die notwendige Marktmacht. Gegenüber dem

Bündelung. Das Bundeskartellamt hat immer wieder betont, dass es von sich aus erst ab einer Bündelung der Milcherzeuger bei 75 Prozent mit der wettbewerbsrechtlichen Prüfung beginnen wird. Die Kommission schlägt jetzt aber vor, dass national maximal 33 Prozent der Milcherzeugung gebündelt werden darf. Für Deutschland noch schärfer ist die zweite vorgeschlagene Grenze von 3,5 Prozent der EU-Milchmenge, womit bei rund 5 Millionen Litern die Bündelung eingestellt werden müsste. Bezogen auf die deutsche Milchmenge wäre damit bei rund 18 Prozent Bündelung Schluss, während sich die Molkereien – auch die Genossenschaften – weiter faktisch unbegrenzt konzentrieren können.

Die deutschen Genossenschaftsverbände und Bauernverbände jubeln.

Genossenschafts- und Bauernverbände jubeln mal wieder ihre Durchsetzung von Industrieinteressen. Sie haben Einfluss genommen nicht nur darauf, dass der erste Bündelungsvorschlag von Agrarkommissar Ciolos von 75 Prozent auf 49 Prozent und schließlich auf 33 Prozent abgesenkt wurde. Sie legen zudem den Vorschlag der Kommission so aus, dass sich in Milch-Erzeugergemeinschaft nur Lieferanten von Privatmolkereien bündeln dürfen, nicht aber milchliefende Mitglieder von Genossenschaftsmolkereien. In Deutschland wären damit 70 Prozent der Milch von der Bündelung ausgeschlossen. Das ist eine Kampfansage an die Milcherzeuger.

Aus Sicht der Kommission ist eine Genossenschaft schon eine Bündelung der Bauern.

Dann müsste in Deutschland ja alles in bester Ordnung sein. Molkerei-Genossenschaften bündeln ihre Marktmacht aber eher gegen die Interessen der Bauern. Auch deshalb ist der Milchpreis im „Genossenschafts-Deutschland“ im Jahr 2009 tiefer abgesackt als in anderen EU-Mitgliedstaaten.

Aber jetzt liegt Deutschland leicht über dem EU-Durchschnitt.

Aber das musste von den Milchbauern gegen die Genossenschaften durchgekämpft werden. Der Unmut der Milcherzeuger ist gerade in Deutschland und ganz besonders bei den genossenschaftlichen Molkereien groß. Übrigens hat sogar das Kartellamt den fehlenden Einfluss besonders der Genossenschafts-Mitglieder auf den Milchpreis beschrieben und kritisiert. Es ist schon frech, wie der Bauernverband sich hinstellt und die hiesigen Verhältnisse als Vorbild für ganz Europa bezeichnet.

Was ist, wenn die EU dem Streit mit der Genossenschaftslobby aus dem Weg geht und es bei dem Vorschlag belässt? Ist dann das deutsche Milch Board, in dem viele Genossen gleichzeitig Mitglied sind, am Ende?

Ob das Milch Board von dem EU-Vorschlag negativ betroffen ist und eingegrenzt wird, ist eher unwahrscheinlich, weil es bisher keine Lieferverträge mit Molkereien aushandelt. Aber wenn Genossenschafts-Molkereien außen vor bleiben bei jeglicher Begrenzung, dann gründen wir eben Genossenschaften gegen die Genossenschaften, die dann die Auseinandersetzung mit den Molkereien und der Milchindustrie führen.

Was steht nun an?

Ein gesetzlicher Rahmen für das Recht auf Zusammenschluss der Milchbauern in ganz Europa ist richtig und notwendig. Aber die engen Grenzen müssen fallen und auch die Genossenschaftsmitglieder müssen sich in einer Erzeugergemeinschaft zusammenschließen können. Jetzt liegt der Vorschlag der Kommission in den Händen von Ministerrat und Europäischem Parlament. Weil wir aber nicht davon ausgehen können, dass Ministerin Aigner, aber auch die Europa-Abgeordneten die notwendigen Änderungen schon durchsetzen werden, ist eine öffentliche Diskussion und ein möglichst geschlossenes Eintreten der Milcherzeuger für ihre eigenen Interessen erforderlich. Nur mit einer gebündelten Marktmacht können die Milcherzeuger über eine bedarfsorientierte Ausrichtung der Milchmenge auf dem Markt auch langfristig einen ordentlichen Milchpreis erzielen, und nur über die gebündelte Einflussnahme bewegt sich auch die Politik.

Vielen Dank für das Gespräch uj



Milchbauern kämpfen europaweit

Foto: Nürnberger

Recht und den Möglichkeiten der Milcherzeuger in Deutschland, die sie nach dem deutschen Marktstrukturgesetz haben, ist es sogar ein erheblicher Rückschritt. Notwendig gewesen wäre aber, die jetzigen Möglichkeiten, die das Marktstrukturgesetz bietet, in den EU-weiten Rechtsrahmen aufzunehmen.

Worin besteht dieser Rückschritt?

Das Marktstrukturgesetz nennt überhaupt keine Zahl für einen zulässigen Grad der



Graefe zu Baringdorf

Foto: Jasper

Milchpaket der EU-Kommission

Erzeuger-Bündelung soll EU-weit erlaubt werden

Die EU-Kommission hat am 9. Dezember – zusammen mit Berichten zum Milchmarkt und zur Quotenregelung – einen Verordnungsvorschlag vorgelegt, mit dem sie die Verhandlungsmacht der Milcherzeuger stärken will. Dazu schlägt sie folgendes vor:

1) Die Milcherzeuger sollen EU-weit das Recht bekommen, sich zusammenschließen und als Erzeugergemeinschaft (EZG) anerkannt zu werden; sie sollen auch EU-länderübergreifend Erzeuger bündeln dürfen. Allerdings setzt die Kommission dem enge Grenzen. Eine EZG soll maximal 3,5 Prozent der EU-Milcherzeugung bündeln dürfen; was bei derzeit rund 148 Mio. t EU-Menge die Bündelung auf rund 5 Mio. t beschränken würde. Bezogen auf einen EU-Mitgliedstaat darf maximal 33 Prozent der Milcherzeugung gebündelt werden. Hier hatte der Agrarkommissar Ciolos ursprünglich 75 Prozent vorgeschlagen, daraus ist auf Druck anderer Kommissare zunächst 49 % und dann 33 % geworden. Für Genossenschaften sollen all diese Grenzen nicht gelten. Die größten deutschen Molkerei-Genossenschaften Nordmilch und Humana, die ihre Fusion vorbereiten, kommen zusammen auf 5,4 Mio. t, die dänische Genossenschaft Arla Foods kommt ebenso wie die niederländische FrieslandCampina auf jeweils rund 8,6 Mio. t eigene Anlieferungsmenge.

2) EU-Mitgliedstaaten sollen festlegen können, dass zwischen Milcherzeugern und Molkereien schriftliche Verträge abgeschlossen werden müssen. Die Verträge müssen „frei verhandelbare“ Angaben zum Milchpreis, zur Liefermenge, zum Lieferzeitplan und zur Vertragsdauer enthalten. Wenn Mitgliedstaaten solche Verträge nicht vorschreiben, können Erzeugergemeinschaften diese Verträge mit Molkereien aushandeln.

3) EU-Mitgliedstaaten sollen Branchenverbände anerkennen können, in denen Erzeuger, Handel und Verarbeitung (Molkereien) von Milch und Milcherzeugnissen vertreten sind. Tätig werden sollen die Branchenverbände aber nur vor allem in den Bereichen Bildung, Markt-Transparenz, Markt-Analysen (auch zur „besseren Koordinierung der Vermarktung“), Ausarbeitung von Standardverträgen sowie Verbesserung der Produktqualitäten.

4) Molkereien sollen verpflichtet werden, den Mitgliedstaaten die monatlich erfassten Rohmilchmengen mitzuteilen; die Daten sollen EU-weit zusammengefasst und veröffentlicht werden. uj



Bauernproteste: Nicht ohne Wirkung

Aigner gegen Transparenz

Ilse Aigner hat die Internetseite zur Offenlegung der Empfänger für Agrarsubventionen vollständig sperren lassen. Damit geht die Landwirtschaftsministerin deutlich weiter, als der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg kürzlich entschieden hat. Dieser sah in der bisherigen Veröffentlichung der Namen und Agrarbeihilfen von europäischen Landwirten und Unternehmen eine Verletzung des „Rechts auf Schutz der personenbezogenen Daten“ und verbietet, weitere Angaben „natürlicher Personen“ ins Netz zu stellen. Daten von „juristischen Personen“, also von Firmen oder Großkonzernen dürfen nach Ansicht der Richter jedoch weiterhin veröffentlicht werden. Zudem bestreitet das Gericht nicht, dass die Veröffentlichung von Daten zur Vergabe der Agrarbeihilfen im Internet geeignet ist, die Transparenz zu erhöhen. „Solche den Bürgern zur Verfügung gestellten Informationen stärken die öffentliche Kontrolle der Verwendung der betreffenden Beträge und leisten einen Beitrag zur bestmöglichen Verwendung öffentlicher Mittel“, heißt es in dem Urteil des EuGH vom November. Allerdings sei die bisherige Form der Veröffentlichung mit Blick auf das Ziel der Transparenz unverhältnismäßig. Möglich sei, dass „einschlägige Kriterien“ wie „Zeiträume“, „Häufigkeit“ oder „Art und Umfang“ von Agrarbeihilfen eingeführt werden, um Veröffentlichungen auf

bestimmte Empfänger zu beschränken. Bisher veröffentlichte Listen müssten nicht gelöscht werden, so die Richter. Ungeachtet dessen lässt Ilse Aigner die gesamten Veröffentlichungen umgehend stoppen und verhindert somit die Offenlegung der Verschwendung millionenschwerer Agrarbeihilfen an Großkonzerne. mh

Ökonom empfiehlt CO₂-Zölle

Um den internationalen Druck auf die Staaten mit negativer Klimagas-Bilanz zu erhöhen, den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren, empfiehlt der Chefvolkswirt des Potsdamer Instituts für Klimaforschung, Ottmar Edenhofer, die Einführung von Importzöllen auf CO₂. Im Interview mit der FAZ erläuterte Edenhofer, dass es dabei – im Gegensatz zu üblichen Zöllen – nicht darum gehe, die heimische Wirtschaft zu schützen. Vielmehr sollen die Zölle auf CO₂-Importe den Anreiz zum Klimaschutz in zwei Richtungen erhöhen: Erstens sollen Staaten mit hohen Export-Überschüssen aus klimaschädlichen Produktionen angehalten werden, ihre Produktion umzustellen, also weniger fossile Energien zu verbrauchen oder z.B. Regenwald zu erhalten. Damit soll zweitens erreicht werden, dass die Reduktion von Treibhausgasen in einem Land nicht länger durch den Anstieg in anderen Staaten aufgehoben, also der Anreiz zur Reduktion vor der eigenen Haustür unterlaufen wird. „Es geht darum, sich gegen externe Effekte zu schützen“, so der Ökonom. uj

Klage gegen „Pflichtabgabe“

In Frankreich wiederholt sich der Fall CMA

In Frankreich klagen ca. 1.300 landwirtschaftliche Betriebe, vor allem Milchbauern, gegen die sogenannte freiwillige Pflichtabgabe (Cotisation volontaire obligatoire) an die Dachorganisation der Milchwirtschaft, CNIEL. Jeweils 0,1 Prozent des Milch-Erzeugerpreises für die CNIEL wird von den Molkereien auf den Jahresrechnungen abgezogen. Im CNIEL sind Molkereigenossenschaften, Milchindustrie und der Bauernverband vertreten. Es ist bisher der Ort, an dem über Milchpreise abgestimmt wird. Neben Geldern von Bauern und Verarbeitern finanziert sich CNIEL auch über staatliche Mittel. Seine Einnahmen dienen der statistischen Datenerhebung in Landwirtschaft und Er-

nährungsindustrie, dem Marketing für landwirtschaftliche Erzeugnisse und der Öffentlichkeitsarbeit der vertretenen Verbände. 2008 wurde ein Entscheid der EU-Kommission rechtskräftig, der diese Abgabe legalisierte. Für den vorangegangenen Zeitraum, zwischen 1998 und 2008, fielen für eine jährliche Menge von 300.000 kg Rohmilch eine Rückzahlung von rund 4.500 Euro an, so Anton Sidler von der Milchbauernorganisation APLI. Die gleiche Abgabe wird auch auf Fleisch und Getreide erhoben. Eine erfolgreiche Klage im Bereich Geflügelfleisch ist bereits vorausgegangen. Das Urteil für die nun klagenden Bauern wird am 14. Februar 2011 erwartet. ch

Neue Polizei-Funkmasten

Wegen höherer Abhörsicherheit und Störungsfreiheit wird derzeit der Rettungs- und Polizeifunk von analog auf digital umgestellt. Dieser Prozess hat bereits in 13 Bundesländern begonnen und wird voraussichtlich 2014 abgeschlossen sein. Die geplanten neuen Standorte stoßen bei vielen Anwohnern auf Kritik. Bürgerinitiativen (BI), unter ihnen viele Landwirte, wehren sich. Auch im Gemeindegebiet der baden-württembergischen Stadt Isny wird eine solche Anlage gebaut. Die Landwirte Leone und Oliver Post betreiben dort eine Alpe, auf die im Sommer 15 Bauern ihr Vieh bringen. Angesichts der Planung eines neuen 40 m hohen Tetrafunkmasts, erwogen zwölf der Bauern aus Sorge um die Gesundheit der Tiere, ihre meist trächtigen Rinder nicht weiter auf die Herrenberger Alpe zu treiben. Familie Post sorgt mit ihrer Alpe dafür, dass die Landschaft des Naturraums Adelegg freigehalten wird. Oliver Post machte darauf aufmerksam, dass durch den geplanten Funkmast die Landschaftspflege in Gefahr sei. Im Mai 2009 wurde daraufhin in einer öffentlichen Gemeinderatssitzung ein ca. 900 m entfernter Standort beschlossen. Die Entscheidung fiel im Einvernehmen mit der Gemeinde Isny und nach einer Bürgerversammlung. Die Polizeidirektion gab schließlich nach. ch

Veränderung im Vorstand

Im November 2010 hat das Mitglied des Landesvorstandes der AbL-Rheinland-Pfalz / Saar und gleichzeitig der Landesgeschäftsführer Norbert Worm seinen Rückzug von diesen Ämtern erklärt. Der Landesvorstand hat diese Erklärung angenommen, den Rücktritt bestätigt und Norbert Worm von seinen Pflichten entbunden. Der AbL-Landesverband Rheinland-Pfalz / Saarland ist Norbert Worm zu Dank verpflichtet für die Arbeit, die er in den letzten Jahren für den Landesverband geleistet hat. Früchte trug diese Arbeit durch einen stetigen Zuwachs an Mitgliedern und engagierte Aktivitäten in vielen Bereichen. Besonders zu nennen wäre hier unter vielen anderen die Arbeit im Ausschuss der Landwirtschaftskammer, die Mitarbeit im PAULA-Ausschuss und die deutliche Verbesserung der Zusammenarbeit mit anderen Verbänden wie dem BDM, den Nebenerwerbslandwirten und der Aktion 3. Welt Saar e.V.. Für dieses Engagement und die Aktivitäten dankt auch der AbL-Landesvorstand seinem ehemaligen Vorstandsmitglied und Landesgeschäftsführer Norbert Worm. *AbL-Rlp/Saar*

Bioland-Präsident bestätigt

Mehrere Bioland-Landesverbände hatten vor der Bundesdelegiertenversammlung (BDV) Mitte November die dortige Abwahl des Präsidenten Thomas Dosch gefordert. Kritisiert wurde eine Zentralisierung der Verbandsstrukturen und damit einhergehend eine mangelnde Einbindung der Basis. In der Kritik stand Dosch auch, weil er der Vermarktungsgesellschaft Bioland Markt 2008 eine Bürgschaft über 300.000 Euro gegeben hatte, ohne satzungsgemäße Genehmigung durch das Präsidium. Auf der BDV beantragte das Präsidium, nicht über personelle Änderungen zu entscheiden. Die BDV beschloss dies mit großer Mehrheit. Eine deutliche Mehrheit der BDV entschied, Dosch weiter das Vertrauen auszusprechen. Im März kommenden Jahres finden turnusgemäß Neuwahlen statt. *ch*

Atommüll nach Meck-Pom

Nur fünf Wochen nach dem Atommülltransport Richtung Gorleben rollt erneut radioaktives Material durch Deutschland. Ein Castor-Transporter mit 2.500 Brennstäben, der jahrelang im südfranzösischen Kernforschungszentrum Cadarache lagerte, wurde im Dezember unter einem enormen Polizeiaufgebot und zahlreichen Protesten von Atomgegnern in das Zwischenlager Nord bei Lubmin in Mecklenburg-Vorpommern verbracht. Das radioaktive Material stammt aus dem ehemaligen Kernforschungszentrum Karlsruhe und dem ehemaligen deutschen Atomfrachter „Otto Hahn“. Atomkraftgegner halten das Zwischenlager Lubmin für völlig inakzeptabel und fordern einen Verbleib des Atommülls in dem Bundesland, in dem er produziert wurde, bis ein sicheres Endlager existiert. *mh*

Keine Spiele mit Bauern

Die Winterolympiade 2018 sorgt schon jetzt für Protest. 59 Bauern und Grundbesitzer aus dem bayerischen Garmisch-Patenkirchen lehnen die Nutzung ihrer Grundstücke für die Winterspiele ab. Mit einem Brief an die bayerische Staatskanzlei haben sie der Landesregierung ein Ultimatum gestellt. Sollte diese bis zum 22. Dezember die Bewerbung nicht aufgehoben haben, wollen die Bäuerinnen und Bauern das Internationale Olympische Komitee (IOC) direkt darüber informieren, dass sie ihre Grundstücke für die Spiele nicht zur Verfügung stellen. *mh*



Traditioneller Ort der Ver-Marktung

Foto: ©BLE/Menzler

Gentechnikfrei – wir bleiben dran!

Bundesweite Tagung der gentechnikfreien Regionen und Aktiven

Unter dem Motto „Gentechnikfrei – wir bleiben dran!“ trafen sich am 4. und 5. Dezember zahlreiche Gentechnik-Kritiker in Leipzig zur bundesweiten Tagung der gentechnikfreien Regionen und Aktiven. Landwirte, Imker, Gärtner und Verbraucher, Aktive aus Gentechnikfreien Regionen und Kommunen, Länder-Aktionsbündnisse, Vertreter von Umweltverbänden, Wirtschafts- und Entwicklungshilfeorganisationen, Studenten, Feldbefreier und Feldbesetzer aus ganz Deutschland nutzten die zwei Tage für einen intensiven Austausch und Strategieplanungen für 2011.

Am Rande der unter anderem von der AbL organisierten Konferenz sorgte das Vorgehen der Bundesregierung für Kopfschütteln und scharfe Kritik. Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hatte der Katholischen Landjugendbewegung Deutschlands (KLJB), einem Kooperationspartner der Tagung, eine Förderung in Höhe von ca. 3.500,- € in Aussicht gestellt. Zwei Tage vor der Veranstaltung ist die Förderung per e-mail gestrichen worden. Auf Nachfrage beim zuständigen Abteilungsleiter erklärte uns das

BMELV, dass die Tagung nicht mit dem Koalitionsvertrag der Bundesregierung vereinbar sei, in dem eine ausdrückliche Förderung der Agro-Gentechnik festgelegt wurde. „Glaubt die Bundesregierung ernsthaft, damit die Kritik der Gesellschaft gegen Gentechnik in der Landwirtschaft oder gar die Bewegung für eine gentechnikfreie Lebensmittelerzeugung aufhalten zu können? Jetzt erst recht!“, so Georg Janßen von der AbL.

In Zukunft

Ziel der Anti-Gentechnikbewegung ist es, die anstehenden Entscheidungen in Europa und Deutschland auf allen politischen Ebenen und in breiten Bündnissen mit bunten, vielfältigen Aktionen kritisch zu begleiten, und so Druck auf die verantwortlichen Politiker, aber auch die Gentechnik-Industrie auszuüben. Ein wichtiger Meilenstein ist natürlich die Großdemonstration „Wir haben es satt!“ am 22. Januar 2011 in Berlin. Weiteres Ziel ist ein Anbauverbot der GV-Kartoffel Amflora und die Verhinderung geplanter Anbauzulassungen. Es gibt viel zu tun – Wir zählen auf Euch!

Annamarie Volling

Alternative Absatzwege

Studenten suchen neue Märkte für Ökoprodukte

StudentInnen des Fachbereichs Ökologische Agrarwissenschaften der Universität Kassel organisierten vom 7. bis 11. Dezember die 18. Witzenhäuser Konferenz. Im Mittelpunkt standen dieses Jahr alternative Absatzwege für Ökobetriebe. Zu Beginn der Konferenz wurde analysiert, wo sich der Ökolandbau heute auf dem Markt positioniert. Klar ist: Die Nachfrage nach ökologisch erzeugten Produkten ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Folglich haben sich auch die Vermarktungsstrukturen von Öko-

Lebensmitteln stark verändert. Neben der Direktvermarktung in kleinen Hofläden gibt es heute auch viele Öko-Produkte im Lebensmitteleinzelhandel. Eine Konventionalisierung ist zu verzeichnen, die den Ökolandbau zwingt, sich mit seinen eigenen Werten und Idealen auseinanderzusetzen, um seine Identität nicht zu verlieren. „Wir veranstalten diese Konferenz, um zu zeigen, dass es alternative Absatzwege für Öko-Produkte gibt, und möchten Möglichkeiten prüfen, ob der Spagat zwischen Werten und Wirtschaftlichkeit zu realisieren ist“, so Axel Gräff, Mitglied des Konferenzteams. Der inhaltliche Bogen spannte sich von bewährten Konzepten über moderne Alternativen bis hin zu kooperativen Modellen. Die abschließende Podiumsdiskussion griff als Höhepunkt der Konferenz die anfänglich entstandene Frage wieder auf: „Wie erhalten wir den ökologischen Gedanken für die wachsende Bio-Produktion?“ Die Antwort war: „We can do it!“ Ja, wir können es schaffen, wenn wir die Unterschiedlichkeit landwirtschaftlicher Betriebe und ihrer Vermarktung erhalten, jedoch im gleichen Zuge die Werte des Ökolandbaus konsequenter verwirklichen und das auch unseren Kunden gegenüber erfolgreich kommunizieren. Es bleibt zu wünschen, dass dies in Zukunft von mehr Kooperation innerhalb der Verbände gefördert wird. *Juliane Wolff*

Betriebsspiegel

Betriebe ganz Europas sind ihr Zuhause. Von der Kohlernte in Schottland bis zum Weinbau im warmen Frankreich

Wo ist es vollkommen in Ordnung, bereits ab neun Uhr morgens beschwipst durch die Arbeit zu stiefeln? Nur in den Weinbergen Frankreichs, denn schließlich hat einem vorher der Patron höchstpersönlichen noch den Plastikbecher mit Rotwein gefüllt. „Gutes Anästhetikum gegen die Rückenschmerzen“, meinte er mit einem Augenzwinkern. Am Ortsrand des Weinstädtchens Fleurie nördlich von Lyon, hoch in den Bergen des nördlichen Beaujolais, residiert Weinmacher Monsieur Fernand Verpoix auf seiner Domäne Clos de la Chapelle des Bois. Einem Gemälde gleich, eingerahmt von Weinbergen, die Weinblätter ockergelb und burgunderrot, die

Gamaytrauben ein sattes violett, schimmert das Weingut in der Nachmittagssonne. Die Reihen der Weinstöcke rollen direkt von den Hauswänden über die granithaltigen, sandigen Hänge hinab und werden auf halber Strecke den Hang hinunter von einer alten Felssteinmauer aufgehalten. Dahinter Weingärten so weit das Auge blicken kann – ausrollender Weinberglandschaft auf einer Höhe zwischen 350 und 400 Meter werden am Horizont bis zu achthundert Meter hohe Hügelketten.

Für zwei Wochen im Herbst wird das Gut Verpoix das Zuhause von 17 Vendangeurs und 11 Vendangeuses, Weinleser und Weinleserinnen. Sie werden 800 Tonnen Weinbeeren lesen, aus denen Monsieur Verpoix plant 45.000 Liter Wein zu gären. Egal woher wir kommen oder was wir im „wirklichen Leben“ tun, uns steht allen gleich der Schweiß auf der Stirn,

wenn wir vornübergebückt bei über 30 Grad in der Nachmittagssonne schwitzen, wir alle jammern, wenn unsere Pflückerhände steif werden vom kalten Morgentau auf den Weintrauben, wir alle frieren, wenn vier Stunden Nieselregen unsere Jacken durchweicht haben und ohne Ausnahme leiden wir unter den ständigen Rückenschmerzen, die uns diese zwei Wochen begleiten werden. Denn: täglich acht Stunden buckeln wir die kaum kniehohen Weinstöcke entlang, mit einem scharfen Vendangettes-Messerchen in der Rechten und einem Plastikeimer, der über zehn Kilogramm Weinbeeren fasst, der dem Fuß vor uns hergestoßen wird, zur Linken. In regelmäßigen Abständen kommt ein Porter vorbei, auf dem Rücken ein Hotte, ein Korb, in den wir unser schweres Erntegut leeren. Bis zu 30 mal pro Tag. Die zwei Wochen ohne Zeitung,

ohne Fernseher, ohne Telefon, weit weg vom Alltag schmieden die bunte Truppe zu einem Team. Der Schweiß zerrinnt das Make-up der einen, der Rotwein lockert die Zunge der anderen, körperlich erschöpft fallen auch die letzten Masken. Wir lernen uns mit allen Ecken und Kanten kennen – und durchleben die ganze Palette der Gefühle. Schließlich ist das Frankreich und das Leben die Bühne, auf der Emotionen zur Schau gestellt werden. Nach getaner Arbeit sitzen wir zusammen um den Holztisch – und zelebrieren das Essen: mittags 90 Minuten lang, abends mit offenem Ende. Wir tunken dicke Schnitten grauen Bauernbrot in deftige Blumenkohlsuppen, Eintöpfe aus Bauchfleisch und fetten Hühnern, dicke Bohnen und Linsen mit Speck, dazu mit Käse überbackene Kartoffeln und Nudeln. Dazu schenkt Madame Verpoix Weißwein aus, Monsieur Verpoix Anislikör. Zum Abschluss der Käseteller mit Roquefort, Emmentaler und Brie, und Kaffee aus der Kanne. Begonnen hatte der Tag um sieben Uhr, mit heißer Vollmilch mit dicker Haut, die wir aus Blechtöpfen in unsere Kompottschüsseln schöpften. Erst vormittags konnten wir uns mit einem „richtigen“ Frühstück stärken: Auf einem Klappstisch mitten im Weingarten warteten fette Salami, kaltes Fleisch, Ziegenkäse und dunkle Schokolade. Dazu Rotwein, den es an sehr heißen Tagen auch bis zu dreimal am Nachmittag gab. Dann erschien auch Patron Verpoix, er wollte uns die Becher höchstpersönlich mit seinem „Anästhetikum“ aus dem eigenen Weinkeller füllen – auf dass wir die Rückenschmerzen für einige Stunden vergessen mögen.

Petra Jacob

Rotwein zum Frühstück

Es schneit! Die ersten Schneetage sind immer die Tage, an denen das bereits vergangene Jahr vor meinem inneren Auge noch einmal vorbeizieht. Ein paar Bilder und Gedanken sind dann immer hartnäckiger als die anderen. Warum, weiß ich nicht.

Dieses Jahr muss ich oft an unseren „aufregenden“ Sommerurlaub denken. Nicht dass wir Abenteuerurlaub in irgendeiner gefährlichen Ecke der Welt gemacht hätten. Nein, wir waren wieder mal an die Ostsee gefahren, hatten das gleiche Ferienhaus gemietet, weil die Vermieter sehr nett sind und uns die Gegend und das Meer dort gut gefallen. Unsere älteren Kinder waren zu Hause geblieben und machten mit meinem Schwiegervater den Stall. Petrus war uns gut gesonnen. Er verschaffte dem nördlichen Teil Deutschlands relativ trockenes, nicht zu kühles Wetter, so dass man sogar im Meer baden konnte. Im Süden war es kühl und regnerisch, so dass wir nicht immer daran denken mussten, dass noch nicht das gesamte Grummet eingefahren war. Wir machten also richtig gemütlich Urlaub, ohne Termine und ohne Hektik. Zwischendurch telefonierten wir natürlich mit den Daheimgebliebenen. Es hörte sich alles sehr beruhigend an. Bis zu diesem einen Telefongespräch. Hier erfuhren wir (aus Versehen), dass zu Hause die Vorbereitungen für eine „Stadelparty“ auf Hochtouren liefen. Unser (damals noch) 17-jähriger Sohn, der normalerweise immer versucht, den größtmöglichen Abstand zwischen sich und Arbeit zu bringen, war schon seit zwei Tagen mit seinen Freunden schwer am Schuffen. Sie hatten die Maschinenhalle größten-



Stadelparty im Ostseeurlaub

teils ausgeräumt, darin befindliche Bretter und Balken zu einer stabilen Bar zusammengesägt, einen Klawagen organisiert und einen Bauzaun zur Abspernung des Partygeländes aufgestellt. Zuerst waren wir natürlich ziemlich wütend. Aber es nutzte ja nichts, wir saßen schließlich fast tausend Kilometer von daheim entfernt. Irgendwann beruhigten wir uns mit dem Gedanken, dass die Organisatoren ja immer noch in dem Glauben waren, wir wüssten nichts von dieser Unternehmung, und schon allein deshalb alles daran setzen mussten, dass die ganze Aktion so abließ, dass bei unserer Rückkehr nichts auffiel. Außerdem gab es noch unsere Opas, sowie die Nachbarn und andere Eltern. Unsere Vermieter trösteten uns mit dem Hinweis, sie hätten solche Dinge auch schon erlebt, da müsse man einfach durch... Also ver-

trauten wir auf das Verantwortungsbewusstsein und die Vernunft unserer jugendlichen Akteure und konnten den Rest des Urlaubs noch relativ entspannt genießen.

Bei unserer Rückkehr war tatsächlich alles wieder perfekt ausgeräumt. Auch im Haus war nichts davon zu merken, dass sich zwischen 15 und 20 Personen (die Angaben schwankten etwas) darin aufgehalten und übernachtet hatten. Nach und nach erfuhren wir dann weitere Einzelheiten, weil inzwischen klar geworden war, dass wir Bescheid gewusst hatten. Richtig schimpfen konnten wir gar nicht, da sich alle bei der Organisation wirklich Gedanken gemacht hatten, abgesehen davon, dass es aus versicherungstechnischer Sicht leichtsinnig war. Es gab einen eigenen „Sicherheitsdienst“ und sogar ein „Dekoteam“. Maschinen und

Geräte waren alle außerhalb des abgesperrten Bereichs abgestellt worden. Den großen Schlepper hatte mein Vater sogar weit in die Wiesen hinausgefahren. Die Schlüssel waren alle abgezogen...

Einige Wochen später fragte uns ein Berufskollege, ob unser Schlepper denn kaputt gewesen sei, weil er mal über Nacht mitten in der Wiese gestanden sei. Seitdem glaube ich, dass im Notfall auch die Nachbarschaftshilfe funktioniert hätte.

Elisabeth Waizenegger

Betriebsspiegel

Biobetrieb im Allgäu
39 ha Grünland
45 Milchkühe,
meist 8 – 10 Mastschweine
(Schwäbisch Hällisch x Pit),
einige Hühner und zwei
Laufenten
kleine Biogasanlage (18 kW)

Was kommt nach Grotelüschchen?

Mc Allister und Lindemann – neuer Kurs oder nur Kosmetik?

Niedersachsens Agrarministerin Grotelüschchen, aus der Putenmastbranche stammend und auf Wunsch der Geflügel-Lobby vom ehemaligen Ministerpräsidenten Wulf in dieses Amt eingesetzt, musste nach nur acht Monaten Amtszeit zurücktreten. Die Tierschutzorganisation PETA hatte schlimme Tierschutzverletzungen in Ställen dokumentiert, an denen die Grotelüschchen indirekt beteiligt waren. Dann kamen auch noch Berichte über Billigst-Dumpinglöhne in Grotelüschchen-Schlachtereien hinzu. Schließlich wurden auch noch Äußerungen von Staatssekretär Ripke aus einem bis dahin unveröffentlichten Gutachten von Professor Hartung (Tierärztliche Hochschule Hannover) bekannt: Hohe Todesraten und Fußballenschädigungen fast aller der eng auf ihrem eigenen Kot gehaltenen Tiere. Dies alles versetzte eine immer ratlosere Agrarindustrielobby in helle Aufregung und gab den vielen Bürgerinitiativen gegen Mastanlagen kräftigen Rückenwind – so dass nunmehr neben dem Landkreis Emsland auch weitere Kreise wie Vechta, Oldenburg, und bald wohl auch Leer sowie die Re-

gion Hannover von Großinvestoren Keim- und Brandschutzgutachten verlangen und bis dahin Genehmigungsstopp verhängen. Der niedersächsische Landkreistag verlangt von der Landesregierung eine landesweite Vereinheitlichung.

Ein Fossil wird Minister

Genau diese Abkehr von der Agrarindustrie aber forderten die AbL und viele andere politische Akteure jetzt anlässlich der Grotelüschchen-Ablösung ein – „zu Gunsten mittelständischer bäuerlicher Betriebe, ohne Einsatz von Gentechnik, mit artgerechter Tierhaltung und mit mehr regionaler Vermarktung.“ Die Berufung des Grotelüschchen-Nachfolgers, des ehemaligen Staatssekretärs Gert Lindemann, durch Ministerpräsident Mc Allister deutet nicht auf einen Politikwechsel hin. Die taz verweist in einem Kommentar auf die enge „Verbandelung“ Lindemanns mit Bauernverband und Lebensmittelindustrie, auf seinen Einsatz für Subventionen der Groß-

grundbesitzer, auf seinen Aufsichtsratsposten bei der Nordzucker AG und auf seine vom Bauernverband empfangenen „Verdienstmedaillen“ (mit Brillanten). Auch als Staatssekretär im Bundesagrarministerium hatte Lindemann den Kurs der niedersächsischen Bauernverbandspitze weiter verfolgt – bis ihn CSU-Agrarministerin Aigner unter dem Druck



Astrid Grotelüschchen noch als strahlende Ministerin

bäuerlicher süddeutscher Wähler deshalb schließlich entlassen musste.

Gesellschaft ernst nehmen

„Alle Politiker und Parteien sind gut beraten“, so die AbL Niedersachsen, „die wachsende gesellschaftliche Bewegung von immer mehr Bürgern, Bauern und Wählern gegen eine solche Agrarpolitik ernst zu nehmen.“ Niedersachsen müsse sich im Bundesrat für einen Gentechnik-Stopp, für mehr Rechte für Milchbauern und für eine sozial- und umweltverträgliche EU-Agrarpolitik zu Gunsten von Bauern statt von Großagrariern einsetzen. Die Landesregierung müsse die vom Landkreis Emsland und anderen Landkreisen eingeforderten Keim- und Brandschutzgutachten für Großmastanlagen nun endlich auch landesweit vorschreiben und bis zu deren Vorlage einen Genehmigungsstopp verhängen. Die angekündigte „Tierschutzoffensive“ dürfe nicht Kosmetik bleiben, sondern müsse eine artgerechte Haltung auf bäuerlichen und ökologischen Höfen durchsetzen. *en*

Zahnlose Kritik an Qualzucht und Qualhaltung

Staatssekretär kann agrarindustrielle Zustände nicht mehr schönreden

Das niedersächsische Agrarministerium beschönigt und fördert seit Jahrzehnten die agrarindustrielle Geflügelmast und damit auch die Zucht- und Haltungsbedingungen in deren Großställen. Umso erstaunlicher waren Äußerungen von Staatssekretär Ripke im Agrarausschuss des niedersächsischen Landtags über die Qualzucht- und Qualhaltungszustände in der Geflügelmast. Ripke, dem man eigene Ministerambitionen nachsagt, stand damit konträr zur derzeitigen Agrarministerin Grotelüschchen, deren Familie eine große Putenbrüterei betreibt und wegen ihrer Verbindungen zu Putenmästereien und wegen der tierschutzwidrigen Zustände darin ins Visier der Tierschutzorganisation PETA und der Medien geriet.

Leiden in Kauf genommen

Ripkes Äußerungen beinhalteten das Eingeständnis, dass Masthühner und Mastputen in den Agrarfabriken massiv darunter leiden, dass ihr Herzkreislaufsystem und ihr Bewegungsapparat der einseitigen Zucht auf Brustfleisch nicht standhält, dass die zusam-

mengepferchten Tiere sich kaum bewegen können, auf ihrem eigenen Kot stehen und deshalb unter schmerzhaften Fußballenentzündungen leiden müssen. Männliche Küken werden als ungeeignet für die Eierzeugung getötet, Flugenten bekommen nicht einmal Einstreu, Puten werden durch schmerzhaftes Schnabelkürzen verstümmelt.

Zu schwer fürs Skelett

Diese Verhältnisse beim Namen zu nennen, war allerdings nur eine längst fällige Selbstverständlichkeit, nachdem zwei aktuelle Gutachten der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) die agrarindustriellen Missstände in Masthühner-Agrarfabriken kritisieren. Laut EFSA sind die hohen Besatzdichten (22 Tiere je Quadratmeter auf eigenem Kot), die Haltungsbedingungen sowie die einseitige Zucht der Masthühner auf schnelles Wachstum, auf unentwegte Nahrungsaufnahme und auf hohen Brustfleischansatz verantwortlich für Skeletterkrankungen, Lahmheit, Fußballenentzündungen, Körperverformungen, Hitzestress und plötzlichen Herztod. Auch die gegensei-

tigen Verletzungen der Tiere beruhen laut EFSA auf diesen Faktoren und auf der Tatsache, dass man den auf unentwegte Futteraufnahme gezüchteten Tieren zeitweise sogar Futter vorenthalten müsse, um die Wachstumsrate zu begrenzen – was dann zu Nahrungskonkurrenz und Stress führe. Die EFSA prangert auch Verstümmelungen wie das Kürzen von Zehen und Kämmen an und fordert die Entwicklung von Tierschutzindikatoren. Die Bundesregierung verwies diese Probleme nach einer Anfrage der Grünen lediglich an die Bundesländer. Und die niedersächsische Landesregierung sprach stattdessen ihrerseits nur unverbindlich von einer „Kritik“ an Bundes- und EU-Vorschriften und wick baldigen Konsequenzen aus: Die obigen Verhältnisse, so hieß es, sollten „möglichst bald“ abgestellt werden, man wolle den „aufwändigen und leider nicht kurzfristig alle Probleme beseitigenden Weg der Förderung der wissenschaftlichen Kenntnisse und der Zusammenarbeit mit den Geflügelhaltern“ gehen. Und nachdem der Bauernverband die Äußerungen Ripkes aggressiv als „Frontstel-

lung gegen Tierhaltung“ brandmarkte, knickte der Staatssekretär ein und nahm seine Kritik in einem Interview kleinlaut zurück.

Taten müssen folgen

Ob die Landesregierung es wirklich ernst meint mit dem Tierschutz und einer artgerechten Haltung in mittelständischen, bäuerlichen Strukturen, das wird sich zu allererst daran erweisen, ob man den Genehmigungsstopp des Landkreises Emsland für Großmastanlagen und dessen Forderung nach Keimverbreitungs- und Brandschutzgutachten bei Bauanträgen nunmehr zügig in allen Landkreisen zur Geltung bringt (das deutet sich in Vechta, Leer und Hannover bereits an). Das Verbrennen von Zigttausenden Tieren und die Gesundheitsbelastungen der Anwohner, so die AbL, dürften nicht weiter im Interesse einiger weniger Geflügelbarone hingenommen werden. Im Bundesrat müsse die Landesregierung das geforderte Bauverbot für Agrarfabriken unterstützen. Es sei nun unverzüglich eine Kommission mit wichtigen gesellschaftlichen Gruppen zur Überarbeitung der Tierschutz-Nutztierhaltungszustände einzusetzen. *en*

„Unheimliche Schwestern“

Konzernstrukturen bei landwirtschaftlichen Betriebsmitteln

Nicht nur im Sektor der Energiekonzerne gibt es „unheimliche Schwestern“ wie EON, RWE, Vattenfall und EnBeWe. Auch in anderen Bereichen der Betriebsmittel-Lieferanten der Landwirte haben sich Oligopole von mächtigen Konzernen und Multis gebildet, die nicht nur Einfluss auf die Preisgestaltung nehmen, sondern die vor allem einen starken Lobby-Einfluss auf die politischen Rahmenbedingungen der Landwirtschaft nehmen: bei Gentechnik, Patenten, Saatgut-Nachbau-Rechten, Düngeempfehlungen, Pestizid-Zulassungen, Deklaration der Inhaltsstoffe von Futtermitteln, Gentechnik-Grenzwerten oder bei der Propagierung der input-intensiven „Grünen Revolution“...

Eine knappe Auflistung:

Die zehn führenden Saatgut-Hersteller der Welt teilen sich inzwischen rund 60 Prozent des Weltmarktes (1996 waren es noch 37 %): Monsanto (23 %), DuPont (15 %), Syngenta (9 %), Limagrain, Land O'Lakes, KWS, Ba-

yer, Sakata, DLF-Trifolium, Takii. Eng verknüpft mit dem Saatgut-Geschäft ist das Pestizid-Business – deutlich sichtbar bei den Kombipacks von Gentechnik-Saatgut mit den dazu passenden Totalherbiziden, über die Chemie-Konzerne eine Monopolstellung bei Mais und anderen Kulturen anstreben. Weltweite Player: Bayer CropScience, Syngenta, BASF, Monsanto, Dow AgroSciences, DuPont, Makhteshim, Nufarm, Arysta, Sumitomo Chemical. Die oligopolistische Marktpolitik ist im weltweit hoch konzentrierten Düngemittel-Sektor besonders ausgeprägt: Potash Corporation of Saskatchewan, Mosaic (Anteilseigner Cargill), OCP (Marokko), Belaruskali, Yara International, Agrium, Israel Chemicals, JSC Silvinit, Uralkali, CF Industries. Nicht nur um die Konzerne Potash und Agrium tobt derzeit ein heftiger Übernahmekampf seitens großer Bergbaukonzerne, auch bei den russischen und weißrussischen Kaliherstellern Belaruskali, JSC und Uralkali deutet sich eine Konzentration an (u. U. unter Einbeziehung der deutschen Kali+Salz AG).

Bei Handel und Verarbeitung von Getreide, Soja, Ölsaaten und vielen anderen Agrar-Rohstoffen dominieren weltweit die Multis der „ABCD-Gruppe“ (ADM/Toepfer, Bunge, Cargill und Dreyfus) sowie Glencore. Die Belieferung der abhängigen Vertragsmäster in der Geflügelbranche mit Mischfutter übernehmen die Schlachtkonzerne weitestgehend selber, also Wesjohann, Rothkötter,

Stolle, Sprehe, Plukon, Doux oder Kalvelage. Bei den Lieferanten von Mischfuttermitteln an deutsche Schweinehalter ist die Konzentration noch weniger ausgeprägt, sie nimmt aber zu (die Top Ten haben 50 Prozent Marktanteil). Große Player hier und im Landhandel sind die Groß- und Zentralgenossenschaften des Raiffeisenverbundes, die auch weitgehend den Landhandel mit Agrarchemie abwickeln und in deren Gremien zahlreiche Funktionäre des Bauernverbands Posten haben. Das Ranking: Agravis Raiffeisen AG, Peter Cremer Holding (incl. Deuka), Bröring, Hage Kiel (von dänischen Genossenschaften übernommen), ForFarmers (NL). ATR, GS agri, Fleming & Wendeln, RKW Süd, Rothkötter. Längst auf internationale Absatzmärkte ausgerichtet sind die Landtechnik-Konzerne: John-Deere, CNH (Case und New Holland), AGCO (Fendt, Massey Ferguson, Valtra, Challenger), Claas, SDF (Same-Deutz-Fahr, Lamborghini, Hürlimann), Kuhn, Kverneland/Vicon, Krone, Amazone, Pöttinger. Beim Stallbau und bei Stalleinrichtungen



Marken über Marken

Foto: Pöttinger

wie Hühnerkäfigen dominiert weltweit eindeutig der Konzern „Big Dutchman“, dessen südoldenburgische Eigner-Familie Meerpohl nach Einschätzung von Brancheninsidern auch direkt engagiert sein soll bei Geflügelunternehmen wie der „Deutschen Frühstücksei GmbH“.

So wie man die Macht der unheimlichen Energie-Schwestern eindämmen, beseitigen oder ihr ausweichen kann, ebenso kann man dies beim Agrobusiness: durch den Erhalt und den Aufbau mittelständischer Strukturen, durch den pestizid-reduzierenden Anbau mit vielfältigen Fruchtfolgen, durch Ökolandbau und/oder durch den Anbau stickstoffsammelnder Leguminosen, die zugleich heimisches, betriebseigenes und gentechnikfreies Eiweißfutter liefern.

Eckehard Niemann

Kurzes am Rande

Ökolandbau verhindert Agrarfabrik

An einem skurrilen Missverständnis des sächsischen Landtagsmitglieds Andreas Heinz (CDU) vom Ökolandbau scheiterte kürzlich laut *Vogtland-Anzeiger* eine geplante Geflügelgroßanlage in Fröbersgrün. Die Anlage wollte die Aviagen GmbH (Erich-Wesjohann-Gruppe) bauen, die sich dazu Land von Andreas Heinz kaufte, der vor Ort einen „ökologischen Landwirtschaftsbetrieb“ betreibt. Heinz verkaufte die Flächen damals nur unter der Bedingung, dass er den Trockenkot aus der Agrarfabrik erwerben und ausbringen könne. Dieses Projekt scheiterte am Widerstand der Bevölkerung und an einem kleinen Haken: Zwar darf Hühnerkot in Biobetrieben eingesetzt werden, aber nicht aus „industriellen Unternehmen“ – und als solches ist die „Aviagen“ natürlich einzustufen. en

Erschließung

Die Baugenehmigung für Stallanlagen im Außenbereich ist an die gesicherte „Erschließung“ gekoppelt – für Polizei- und Feuerwehrfahrzeuge ebenso wie für den Zu- und Abfahrtverkehr durch LKWs. Diese Verkehre dürfen die Zufahrtswege nicht überlasten und nicht zur Schädigung des Straßenzustands führen. Das OVG Sachsen-Anhalt hat per Beschluss vom 29.1.2010 (Az.: 2 M 226/09) vom Investor eine ausreichende Wegetragfähigkeit verlangt, die vorhandene Breite des Zufahrtsweges von 5,10 m (Ausweichmöglichkeiten) erachtete das Gericht als ausreichend. Das Angebot des Investors, den Weg auf eigene Kosten herzurichten und zu unterhalten, müsse die Gemeinde annehmen – sofern ihr dadurch keine weiteren unwirtschaftlichen Aufwendungen entstünden. en

Agrarfabriken – nein danke

Bei einer Umfrage auf der Internetseite von *top agrar* im November stimmten von den weit mehr als 1.000 Teilnehmern zwei Drittel dafür, dass „das Wachstum in der Tierhaltung in manchen Regionen gebremst werden sollte“. Ein Fünftel der Teilnehmer stimmten dieser Forderung „teilweise zu“, deutlich weniger als 20% wollten dieses Wachstum (gemeint war ganz offensichtlich das agrarindustrielle Wachstum) nicht gebremst sehen. en

Verhinderte Agrarfabriken

Die Liste der von Bürgerinitiativen verhinderten Agrarfabriken hat sich auch in den letzten Wochen verlängert: um eine 6.000er-Schweinemastanlage im brandenburgischen Seebeck, um eine 3.600er-Sauenanlage in Heinrichsdorf (bei Rheinsberg) und um drei 40.000er-Hähnchenmastanlagen in Hestrup (Grafschaft Bentheim). Weitere Anlagen stehen auf der Kippe. en

Grotelüschen-Profit durch Billiglöhne?

Gegen den Wildeshauser Schlachtbetrieb „Geestland Putenspezialitäten“, an dem neben dem Wesjohann-Konzern auch die Familie der niedersächsischen Agrarministerin Grotelüschen beteiligt ist, ermittelt laut NDR die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der illegalen Beschäftigung und illegalen Arbeitnehmer-Überlassung von bulgarischen Arbeitern. Diese sollen bei einem Stundenlohn von 4 bis 5 Euro bis zu 16 Stunden täglich gearbeitet haben. Das *ARD-Magazin Panorama* prangerte das deutsche Lohndumping im europäischen Vergleich an, die Gewerkschaft NGG forderte Mindestlöhne. pm

„Appartements“ und „Wohngemeinschaften“

Nicht nur die Geflügelbranche ist bei Wortschöpfungen sehr kreativ – so z. B. „Kleingruppen- oder Appartement-Haltung“ oder „Kleinvoliere“ für den „ausgestalteten“ Legehennen-Käfig“. Dessen Genehmigung wurde jetzt übrigens vom Bundesverfassungsgericht wegen Nichtbeteiligung von Tierschutzinstitutionen gerügt. Aber auch für die Haltung von Mastschweinen in Boxen auf Spalten ohne Stroh fand eine Bauernverbandsvertreterin in der *Allgemeinen Zeitung Uelzen* jetzt einen verschönernden Begriff: „Wohngemeinschaft“. en

Meine Landwirtschaft – unsere Wahl

Weshalb es sich lohnt und sogar dringend notwendig ist zu wissen, wo das eigene Essen produziert wird

Die Reform der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik wird 2011 das wichtigste Agrarthema sein, keine Frage. Aber wird sie auch jenseits der Landwirtschaft diskutiert werden und wenn ja mit welchem Zungenschlag? Noch ist die GAP für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger eine Schlacht von Lobbyisten um mehr oder weniger überflüssige Subventionen für Bauern und Agrarkonzerne, weit weg. Die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ will das ändern. Nach der Auftakt-Demonstration „Wir haben es satt!“ gegen Gentechnik, Tierfabriken und Export-Dumping bei der Grünen Woche in Berlin will ein breites Bündnis von Umwelt-, Bauern-, Entwicklungs- und Verbraucherschutzorganisationen über den Rest des Jahres die Frage, welche Landwirtschaft wir in Zukunft brauchen, so breit wie möglich in die Gesellschaft tragen.

Dass die EU-Agrarreform nicht nur über die Existenz von Millionen Bauern entscheidet, sondern auch das vielleicht wichtigste Gesetzesvorhaben der Union für den Klima- und Ressourcenschutz, für die Artenvielfalt und für Europas Beitrag zur Bekämpfung des Hungers sein wird, das Aussehen unserer Landschaften und die Entwicklung unserer Regionen prägt und von enormer Bedeutung für unsere Gesundheit ist, ist bisher kaum bekannt.

Wenn EU-Agarkommissar Ciolos davon spricht, die GAP müsse grüner, gerechter, effektiver und transparenter werden, freut dies Viele, die mit dem Thema vertraut sind. Aber was meint er konkret? Wenn Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner dagegenhält, die Agrarpolitik bedürfe eigentlich keiner wesentlichen Änderungen und dafür selbst von der FAZ gefragt wird, wie bequem es sich denn so sitzt auf dem Schoß des Deutschen Bauernverbandes, weiß der gemeine Städter damit wenig anzufangen.

Informieren, mobilisieren

Hier will „Meine Landwirtschaft“ ansetzen: Was hat die GAP mit ihren Säulen und Ausfuhrerstattungen, Quoten und Cross Compliance Vorschriften mit mir zu tun? Ich will doch nur möglichst preiswert und gut essen.

Da fängt es an: Preiswert und billig sind zweierlei. Was bei Discountern verramscht wird ist weder preiswert noch gut. Billigfleisch geht nicht nur auf Kosten unserer Gesundheit, sondern auch auf Kosten des Klimas, der Artenvielfalt, des Wasserhaushaltes, und der Existenz von Landwirten, die

mit Tierfabriken nicht mithalten können, von denen wir am liebsten gar nichts wissen wollen, weil uns die Wurst sonst nicht mehr schmeckt.

Rund um die Welt

Weshalb das so ist, ist eine längere Geschichte. Sie handelt von gentechnischen Soja-Monokulturen in Brasilien und Argentinien und der Unmöglichkeit, Eiweißfutter in Deutschland zu konkurrenzfähigen Preisen anzubauen. Sie führt zu afrikanischen Kleinbauern, deren Hühner mit der Tiefkühlware aus Vechta oder der Bretagne nicht mithalten können, und deren Kinder deshalb nicht genug zu essen haben und nicht zur Schule gehen können. Sie hat auch etwas mit Schwarzarbeit in Schlachthöfen zu tun, mit Gammelfleisch, Salmonellen und dem Salzwasser, mit dem heute fast jedes Hähnchen auf Gewicht und Geschmack präpariert wird.



Welche Landwirtschaft wollen wir?

Foto: Schütz/Pixelio

Solche Geschichten sollen Verbraucher nicht hören und wollen es vielleicht auch gar nicht. Längst schwant ihnen, welche Abgründe sich hinter der Idylle auf der Verpackung auftun. Aber auch Landwirten sind diese Geschichten unangenehm, weil ja auch auf ihrem Hof nicht alles Gold ist was glänzt; aber auch, weil unbedarfte Verbraucher ja so vieles missverstehen können. Am Ende stehen Schweigen, Angst und Ekel und die Überzeugung, daran sei eh nichts zu ändern. Ist das die Landwirtschaft, die wir wollen? Ist das meine Landwirtschaft, unsere Wahl?

Schweigen zu durchbrechen, Fakten auf den Tisch zu legen und Tatsachen ins Auge zu sehen, ist vielleicht die wichtigste Aufgabe der Kampagne „Meine Landwirtschaft“. Wo Landwirte mit ihren Kunden und Nachbarn darüber reden, was sich ändern ließe, haben Fastfood-Ketten und Billigheimer schon ein wichtiges Stückchen

Macht verloren. Die „faire Milch“ hat uns davon eine erste Idee gegeben.

Deshalb will die Kampagne Landwirte unterstützen, die bereit sind, „Hof zu halten“, ihre Kunden und Steuerzahler einzuladen, um offen darüber zu sprechen, wie es heute aussieht und wie es aussehen könnte, wenn sich die Agrarpolitik, die ja in erster Linie in der EU gemacht wird, ändert. Herauskommen sollen dabei ganz konkrete Vorschläge und Forderungen an die Politik. Ihr überzeugender Vorteil wäre, dass sie nicht von einer Interessensgruppe vorgebracht werden, sondern gemeinsam getragen werden.

Wenn wir als Steuerzahler fordern, selbst zu bestimmen, wohin unsere Milliarden fließen, wird für manchen Agrarlobbyisten das Geschäft ein wenig eng. Wenn dieses Geld nicht mehr als Subvention für fremde Taschen, sondern als öffentliche Finanzierung einer umwelt- und artgerechten Landwirt-

schaft wahrgenommen wird, hat die Debatte über die EU-Agrarreform schon eine ganze Menge verändert.

Auf der Webseite der Kampagne sollen deshalb alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler die ca. 100 €, die jede/r von uns pro Jahr für die Agrarmittel der EU aufbringt, selbst verteilen und auf diese Weise mitteilen: So sieht meine Landwirtschaft aus.

Wussten Sie es?

Am Anfang aber stehen erst einmal einfache Fragen: Wie viele Höfe gibt es eigentlich in Deutschland? Laut statistischem Bundesamt waren es 2008 etwa 360.000, davon über die Hälfte im Nebenerwerb. Welchen Anteil haben Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion an der Erderwärmung? Mehr als ein Drittel. Wieviel geht davon direkt in den Abfall? Ebenfalls gut ein Drittel. Wieviel von dieser Produktion geht direkt in unsere Ernährung? Weniger als

die Hälfte. Wenn es stimmt, dass wir zehn Kalorien fossiler Energie in eine Lebensmittelkalorie stecken, ist dann nicht der Umstieg in eine solare Landwirtschaft das Gebot der Stunde, statt Steuererleichterungen für Agrardiesel? Wie weit sollte unser Joghurt eigentlich fahren und wieviel bekommt ein Saisonarbeiter pro Stunde? Warum gibt es da keine Mindestlöhne? Ist milliardenschwere Werbung für ungesunde Lebensmittel wirklich eine Errungenschaft unserer freien Marktwirtschaft, die es um jeden Preis zu erhalten gilt; selbst wenn uns Mediziner sagen, dass Fehlernährung zu den wichtigsten Todesursachen und teuersten Versicherungsposten gehört? Wer bekommt eigentlich die vielbeschworenen Subventionen? Wir lesen 20 Prozent der Höfe bekämen 80 Prozent der Gelder. Wir lesen außerdem, ein Großteil der öffentlichen Mittel komme überhaupt nicht bei den Bauern an, sondern bei Grossunternehmen wie Müller-Milch, Südzucker und Nordmilch. Wir lesen, Millionen gingen in den Bau von Großanlagen, die kleine Höfe in den Konkurs treiben. Wieviel von einem Euro, den wir an der Supermarktkasse bezahlen, landet eigentlich bei den Erzeugern und wo bleibt der Rest? Stimmt es, dass in Gentechnikforschung, die jetzt als „wissensbasierte Biotechnologie“ firmiert, Milliarden öffentlicher Mittel fließen, während selbst die 16 Millionen zur Erforschung der Biolandwirtschaft kürzlich noch der Industrie geöffnet wurden, wenn sie sich nur „nachhaltig“ nennt? Wie passt das zu Umfragen, nach denen überall in Europa klare Mehrheiten gegen Gentechnik sind und für die Ausweitung des Biolandbaus?

Vielleicht haben wir uns ja verhöhrt, vielleicht stimmt das ja alles gar nicht. Aber wenn das stimmt, dann lässt sich das ja zügig ändern – wozu sonst haben wir denn eine EU-Agrarreform?

Benny Haerlin

Zukunftsstiftung Landwirtschaft

Wer sich beteiligen will an „Meine Landwirtschaft – Unsere Wahl“, kann uns schreiben, anrufen oder mailen. Ab Mitte Januar ist die Webseite www.meine-landwirtschaft.de in Betrieb. Ansonsten treffen wir uns bei der Demonstration am 22. Januar und besprechen dort dann alles Weitere.

Meine Landwirtschaft (Aglaia Hajkova) Marienstr.19-20, 10117 Berlin, info@meine-landwirtschaft.de, Tel. 030 / 67 81 775 80

Chance für Mehr

Die Kommission leitet mit ihrem Vorschlag einen ernsthaft zu diskutierenden, vorsichtigen Kurswechsel ein. Ein Systemwandel war nach ihrer neoliberalen „Strategie 2020“ auch nicht zu erwarten. Aber Ciolos' Ansätze bieten die Chance für eine grünere Agrarpolitik, für eine gerechtere Verteilung der Direktzahlungen und



auch für eine breitere gesellschaftliche Debatte. Steuerzahler sollen besser verstehen, wofür ihre Gelder in der Gemeinsamen Agrarpolitik eingesetzt werden. Diese drei Qualitäten lassen hoffen, dass wir, die wir weit mehr wollen als grüne Lyrik in der 2013. Auflage, einen Schritt weiterkommen können in Richtung einer umwelt-, tierschutz- und sozial verträglichen Agrarpolitik.

Gemessen an ihren eigenen Zielen im Klima-, Arten- und Wasserschutz muss die Kommission bei der Konkretisierung ihrer Vorschläge im Sommer 2011 noch präziser werden. Hinsichtlich der Einkommenssicherung für Landwirte wäre sie gut beraten, aus der Finanzkrise die Lehre zu ziehen, dass der Markt faire Regeln braucht, um nachhaltig wirtschaftende Betriebe zu sichern. Kleinbetriebe besser zu stellen und von Bürokratie zu entlasten ist dabei ein lobenswerter Ansatz in den Kommissionsvorschlägen. An weitergehenden, starken Signalen für einen fairen Marktzugang für Grünlandbetriebe und Höfe mit besonders artgerechter Tierhaltung, alten Rassen und gentechnikfreiem, heimischen Futter fehlt es gleichwohl noch. Die Vorschläge zum Milchmarkt nach der Quote jedenfalls werden nicht zur Stabilisierung der Einkommen bäuerlicher Betriebe beitragen. Erzeugerförderung und bessere Chancen für Diversifizierung bleiben daher noch Herausforderungen. Um mit Blick auf die Legislativvorschläge das Bestmögliche aus den vorliegenden Optionen herauszuholen, braucht es besonders den Druck der Zivilgesellschaft auf die Kommission, das Europäische Parlament und nicht zuletzt die Bundesregierung, die im Rat eine starke Rolle spielt. Die gemeinsame Kampagne der deutschen Nichtregierungsorganisationen für eine Neue Agrarpolitik nach 2013 mit ihrem Auftakt – der Demonstration am 22. Januar 2011 in Berlin – ist die richtige Antwort auf diese Herausforderung. Insbesondere die Kommission und das Europäische Parlament sind gewillt, Impulse von uns aufzugreifen. Wie weit sie im Rat damit durchkommen, hängt unter anderem von der öffentlichen Meinung ab und wie stark wir im kommenden Jahr in der Debatte präsent sind.

Agrarpolitik muss endlich als zentrales gesellschaftliches Politikfeld erkannt werden. Von ihr sind Verbraucherschutz, Tierschutz, Naturschutz genauso betroffen wie Bäuerinnen und Bauern.

Dr. Hubert Weiger,
Vorsitzender des BUND.

Keine Kohärenz

Zu Recht hat der Kommissionsvorschlag zur GAP-Reform nach 2013 seitens Umwelt- und Bauernorganisationen viel Lob geerntet. Besonders die geplante Umgestaltung der Direktzahlungen würde zu mehr Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit in der europäischen Landwirtschaft beitragen. Aus entwicklungspolitischer Perspektive hingegen ist der Reformvorschlag eine herbe Enttäuschung. Zwar verspricht die Kommission, „das Konzept der Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung zu berücksichtigen“. Ihr Fazit ist aber genau das falsche: Durch eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität will sie zur Deckung des weltweit steigenden Nahrungsmittelbedarfs beitragen und dabei auch „die Chancen für die Nahrungsmittelexporteure in der EU nutzen“. Konkret heißt das vor allem: Die Agrarrohstoffpreise sollen niedrig bleiben, damit die Ernährungsindustrie weiterhin auf günstige heimische Rohstoffe zugreifen und sich auf dem Weltmarkt behaupten kann. Dazu passt die Empfehlung, die Milchquote 2015 endgültig zu streichen, ohne dass eine flexible und binnenmarktorientierte Mengenregulierung auch nur angedacht würde. Auch für die Zuckerquote will die Kommission ein „sanftes Auslaufen“ ab 2015 erörtern, „um die Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit des Sektors zu steigern“. Selbst die Mottenkiste traditioneller Dumpinginstrumente bleibt unangetastet. Exportsubventionen sollen bleiben, Intervention und private Lagerhaltung sollen sogar ausgeweitet werden. Niedrige Agrarpreise sind für alle Bauern eine schlechte Nachricht, in Deutschland aber auch in den Ländern des Südens. Auch soziale und ökologische Direktzahlungen würden den Niedergang der Bauern in Deutschland nicht aufhalten. Vielmehr würden sie dazu beitragen, dass überschüssige Produkte aus der EU weiterhin unterhalb der Erzeugungskosten exportiert würden. Neben minderwertigen Restprodukten von Geflügel und Schwein werden europäische Exporteure verstärkt auf verarbeitete Lebensmittel wie Mehl, Gebäck, Süßwaren, Fertigsuppen oder frischen Milchprodukte wie Joghurt setzen. Damit torpedieren sie den dringend notwendigen Aufbau einer weiterverarbeitenden Nahrungsmittelindustrie in Entwicklungsländern und verbauen dortigen Kleinbauern den Zugang zu kaufkräftigeren Verbrauchern im eigenen Land. Auch diese Exporte werden den Hunger nicht bekämpfen, sondern verschärfen. Die Kohärenz mit den Millenniumsentwicklungszielen und Menschenrechten ist ein Gebot des EU-Vertrags. Umwelt- und Bauernorganisationen sollten darauf drängen, dass diese Verpflichtung umgesetzt wird. Ebenso wie Entwicklungsorganisationen die positiven ökologischen und sozialen Ansätze im vorliegenden Reformvorschlag unterstützen sollten. *Armin Paasch*

Der Autor ist Referent für Welthandel und Ernährung beim katholischen Hilfswerk MISEREOR.



Die Richtung stimmt

Die Vorschläge der EU-Kommission zur Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab dem Jahr 2014 lassen viele Punkte noch offen. Aus Sicht des DVL hat das sogenannte Ciolos-Papier aber großes Potenzial, die europäischen Herausforderungen zu lösen. Probleme wie der rasante Artenschwund in der Agrarlandschaft, der bedenkliche Zustand vieler Gewässer oder die enorme Emission von Treibhausgasen durch unsachgemäße Bewirtschaftung von Mooreböden werden immer offensichtlicher. Die Gesellschaft erwartet einen schonenden Umgang mit diesen „öffentlichen Gütern“. Eine wirkliche Agrarreform wird es nur mit einem ausreichenden Agrarbudget geben können. Deshalb müssen europäische Agrargelder in bisheriger Höhe erhalten bleiben. Wir brauchen aber auch gute Argumente, um diese Zahlungen von 55 Mrd. € an die Landwirte zu begründen. Mit einer auf öffentliche Güter ausgerichteten Agrarpolitik kann das gelingen. Die Kommission hat mit ihrem Papier das erste wichtige Signal gesetzt.



„Grünere“ Agrarhilfen sind nur dann erfolgreich, wenn sie den betrieblichen Erfordernissen des Landwirts und den Naturschutzziele gleichermaßen dienen. Alle Maßnahmen müssen deshalb auf die jeweilige Betriebssituation der Landwirte angepasst werden können. Eine „grünere“ 1. Säule allein wird die Probleme im Umweltbereich aber nicht lösen. Hierzu sind, wie bisher, Förderprogramme der 2. Säule notwendig, die mit den Vorgaben der 1. Säule kombinierbar sein müssen. Von zentraler Bedeutung sind Agrarumweltprogramme sowie spezielle Programme zur Förderung von Renaturierungen und speziellen Artenschutzmaßnahmen. Dies sind keine Maßnahmen von der Stange! Sie müssen individuell auf den landwirtschaftlichen Betrieb abgestimmt sein.

Und wir müssen die ausufernde Bürokratie stoppen – aber Vorsicht. Es gilt den Spagat zwischen fachlich sinnvollen Maßnahmen, Kontrollierbarkeit und Akzeptanz bei den Landwirten zu schaffen. Es bringt schließlich wenig, wenn wir Programme einfach verwalten und deren Durchführung gut kontrollieren können, das eigentliche Ziel, Blumenwiesen oder Brachvögel zu schützen, aber klar verfehlen.

Die Landschaftspflegeverbände arbeiten deutschlandweit mit ca. 20.000 Landwirten zusammen. Wir begreifen unsere Landwirtschaft als echte Chance, unsere hochgesteckten Ziele zu erreichen. Unser Weg ist der faire Ausgleich zwischen Naturschutzziele und landwirtschaftlichen Belangen.

Josef Göppel MdB
Vorsitzender des Deutschen Verbandes für
Landschaftspflege

Unternehmer unterwegs

Von Mettbrötchen, Schnitzeln und sich selbst verunsichernden Funktionären. Ein Erfahrungsbericht

Alle Jahre wieder, wenn das Laub fällt, flattert auch die Einladung ins Haus zum Landwirtschaftlichen Unternehmertag in Oldenburg, veranstaltet von der Landwirtschaftskammer Niedersachsen und den Volks- und Raiffeisenbanken Weser-Ems. Soll ich hingehen? Der Ablauf ist altbekannt: Es versammeln sich 800 Pulloverträger (Bauern) und 200 Schlipsträger (Berater, Banker, Kammerleute usw.) in der Weser-Ems-Halle – das spiegelt ungefähr das Verhältnis zwischen Arbeitsbienen und Drohnen in der Landwirtschaft wider – und dann erzählen die klügsten und wichtigsten Schlipsträger den Arbeitsbienen, wie sie im nächsten Jahr noch etwas fleißiger arbeiten können, um ihren Betrieb zu erhalten. Die Bauern klatschen und nicken, aber beim Unternehmertag im nächsten Jahr fehlt wieder der eine oder andere im Bu

Snackens und gratis Essen

Dieses Jahr ist die Motivation teilzunehmen besonders gering, denn zum ersten Mal ist auch das niedersächsische Landvolk Mitveranstalter – warum eigentlich? Auch ohne offizielle Teilnahme wurden hier die Landvolk-Positionen schon immer gut vertreten. Jedenfalls lässt es sich Präsident Hilse dieses Jahr nicht nehmen, persönlich zu „seinen“ Bauern zu sprechen, und auch die anderen Referenten sind nicht gerade verlockend. Vor allem die Ausführungen von Professor Isermeyer, Agrarökonomie-Papst aus Braunschweig und eifriger Weltmarkt-Propagandist, sind ja von Banken- und FDP-Veranstaltungen satt-sam bekannt.

Andererseits kann man auf der Busfahrt immer so schön mit den Berufskollegen klönen, und die leckeren Milch-Mix-Getränke der Landesvereinigung der Milchwirtschaft und die Mettbrötchen zum Frühstück sind auch nicht zu verachten, ganz zu schweigen vom Schnitzeln mit Beilage, das mittags gereicht wird. Bei der finanziell angespannten Lage auf den Höfen muss man an den kleinen Schrauben drehen, und da spart ein kostenloses Mittagessen für das Familienoberhaupt schon einiges ein. Also auf nach Oldenburg!

Nach den obligatorischen Grußworten ist als erster Referent Prof. Isermeyer dran. Das Thema seiner Ausführungen lautet „Zukünftige Ausrichtung der Agrarpolitik – Direktzahlungen auf dem Prüfstand“. Zunächst kommt ein historischer Exkurs über die Entstehung dieser Zahlungen, nämlich als Ausgleich für den „Politikbruch“ Anfang der 90er Jahre. Schon Isermeyers nächster Satz

lässt aufhorchen, denn er sagt, diese historische Begründung sei für den Steuerzahler nicht in alle Ewigkeit akzeptabel! Deshalb empfiehlt auch der wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik, dessen Vorsitzender er ist, der Ministerin eine grundlegende Neuorientierung der Agrarpolitik. Das heißt, die Direktzahlungen sollen ab 2013 abgeschmolzen und schließlich ganz eingestellt werden! – Spätestens jetzt wird es am Honoratiorentisch, wo Hilse und seine Mannen sitzen, sehr unruhig. Reduzierung oder gar Einstellung der Direktzahlungen sind für den Bauernverband ein Tabuthema.

Weiß er, was er sagt?

Doch der Professor setzt noch einen drauf: Die Fortführung der derzeitigen Agrarpolitik ist seiner Meinung nach nicht in der Lage, die Herausforderungen im Bereich „Ernährung, Landwirtschaft, ländliche Räume“ zu bewältigen. Und jetzt zählt er die gesellschaftlichen Anforderungen auf, die an diese Politik gestellt werden. Dazu gehören Ernährung der Weltbevölkerung, gesunde Ernährung in Europa, Kritik an Tierhaltungssystemen, Reduzierung des Treibhauseffekts, Biotopverbund und Reduzierung des Artenrückgangs, Erhalt der Nutzartenvielfalt, Grünlanderforschung und -erhalt, Eingehen auf Qualitätsbedürfnisse der Verbraucher, Bewältigung des demographischen Wandels usw. All diese Anforderungen werden durch die heutige Förderung nach dem Gießkannenprinzip nicht erfüllt! – Am Honoratiorentisch kommt es inzwischen zu lauten Unmutsäußerungen. Wer konnte damit rechnen, dass der sonst so zuverlässig auf Linie denkende Isermeyer hier so intensiv auf die vielen lästigen Forderungen von kritischen Verbrauchern, Umweltschützern, Hilfsorganisationen etc. eingehen würde!? Und nun behauptet er auch noch, eine Senkung der Zahlungen sei für die meisten Regionen durchaus verkraftbar, bis 2020 könnten sie ganz eingestellt werden, denn er geht von einer positiven Entwicklung der Weltagrarpreise aus. Im Grunde fordert er also, die Landwirtschaft sollte ihr Geld am Markt verdienen – warum stößt das nur bei den Befürwortern des freien Marktes im Bauernverband auf so großen Widerstand? Was ist ein freier Markt wert, wenn die Akteure ohne immense staatliche Zahlungen allesamt nicht existieren könnten? Langsam wird mir der smarte Professor richtig sympathisch. Mit dem eingesparten Geld, so Isermeyer, soll sich der Staat dann gezielt die gewünschten Leistungen „einkaufen“, also z. B. für den Erhalt wertvoller Biotopie auch mal wesentlich

höhere Beträge als bisher bezahlen. In benachteiligten Regionen, wo ohne die Flächenprämien ein „Brachfallen“ droht, soll dann gegenfinanziert werden.

So weit die Empfehlungen des wissenschaftlichen Beirats. Nun wagt Prof. Isermeyer einen Ausblick, was entgegen diesen Empfehlungen von der Politik wirklich beschlossen werden wird, nämlich im Grunde ein Weiterwursteln wie bisher, allerdings mit einer gewissen Umverteilung von West nach Ost, einer Kapung für Großbetriebe und einer Verschärfung der cross-compliance-Auflagen. Er warnt: Wer die Direktzahlungen um jeden Preis halten will, bekommt immer höhere Auflagen und „verkauft seine Seele“! Er endet mit einem direkten Appell an den Bauernverband, die Empfehlungen unvoreingenommen zu prüfen und nicht dagegen Sturm zu laufen und bittet um eine faire Behandlung in der anschließenden Diskussion – anscheinend weiß er, dass er sich mit seinen teils ketzerischen Gedanken den Unmut der Bewohner der Wagenburg „Bauernverband“ zugezogen haben dürfte.

Der Gegenschlag

Und so ist es dann auch. Herrn Hilse hielt es gegen Ende der Rede des Professors kaum noch auf seinem Stuhl. Jetzt eilt er augenscheinlich sehr erregt auf die Bühne. Das Konzept seiner Rede, das vorher verteilt wurde und dessen erster Satz lautet „Die einzelbetrieblichen Direktzahlungen ... sind notwendig“ kommt nicht mehr zur Anwendung. Stattdessen beginnt er sofort zu schimpfen über die von Isermeyer angeführten gesellschaftlichen Forderungen („Wenn ich das schon höre, alles Medienkampagnen“) und beklagt sich wortreich über die Kritik an den Landwirten. Trotzig weist er alle Forderungen als unberechtigt zurück, womit er leider den Nerv vieler Anwesender trifft – endlich einer der uns verteidigt! Als er sich dann noch über die Bekehrung seiner Tochter von einer kurzen Periode des Vegetariertums durch eine Bratwurst beim Osterfeuer freut („Sie sehen, es gibt einen Weg zurück!“), verlasse ich lieber den Saal, um mir noch einen Milchshake zu holen und einen Kontrollanruf zu Hause zu machen. Bei meiner Rückkehr höre ich gerade noch, dass einer der Vorteile der Direktzahlungen ist, dass sie der Ernährungswirtschaft günstigen Zugang zu den Rohstoffen der Nahrungsmittelproduktion verschaffen. „Schlimm genug“ denke ich. Aber der Landvolkpräsident

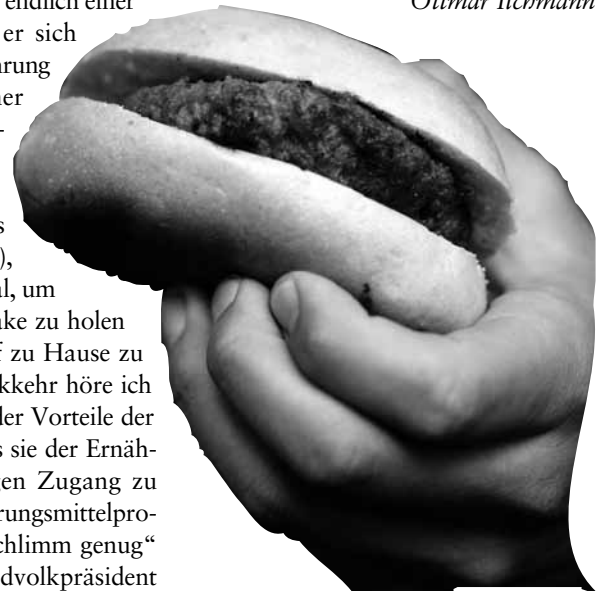
belehrt mich, das diene dazu, den sozial Schwachen in unserem Land niedrige Lebensmittelpreise zu sichern.

Der abschließende Vortrag des Kammerberaters Hilmar Gerdes findet leider nicht mehr meine volle Aufmerksamkeit, obwohl auch er noch einige interessante Aspekte enthält, die man auf dieser Veranstaltung nicht unbedingt erwartet hatte. So fordert er beispielsweise von der Beratung eine Ausrichtung an den Vollkosten, die er für den Liter Milch in unserer „Gunstregion“ auf immerhin 37,8 Cent beziffert. Des weiteren ist er der Meinung, die Direktzahlungen kämen kaum noch den wirtschaftenden Betrieben zugute, sondern würden über Pachtpreiserhöhungen an die Verpächter weitergegeben. Interessant ist das Beratungskonzept, sich „Pioniergewinne“ zu sichern. Nachhaltiges Wirtschaften liegt anscheinend gar nicht mehr im Bereich des Möglichen. Leider muss man, um die Pioniergewinne zu ergattern, sehr schnell sein, Biogas, Geflügelmast, Solarenergie sind schon überholt, Herr Gerdes kann eigentlich nur noch zum Einstieg in die Aquakultur raten.

Heimreise

Nach einer kurzen Diskussions- und Frageunde (nicht etwa der Zuhörer, sondern der Redner untereinander!) endet der Unternehmertag wie üblich mit dem Schnitzeln zum Mittag sehr zufriedenstellend. Die Herren vom Honoratiorentisch und viele der Schlipsträger haben die Halle schon verlassen, vermutlich essen sie woanders etwas Exklusiveres. Ich fahre trotzdem ganz zufrieden nach Hause, denn in der sonst so festgefühten Front der Agrarlobbyisten haben sich erste Risse gezeigt. Vielleicht wird sich auch hier einmal die Vernunft durchsetzen, man soll die Hoffnung nie aufgeben!

Ottmar Ilchmann



„Urteil weist über die grüne Gentechnik hinaus“

Abgeordneter Miersch (SPD) über das Neue am Karlsruher Urteil zum Gentechnikgesetz

Eine absolute Grundsatzentscheidung für Umwelt- und Verbraucherschutz und für die gentechnikfreie Landwirtschaft“, so sieht Matthias Miersch, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Gentechnikgesetz. Die Wirkung der Entscheidung könne gar nicht hoch genug eingeschätzt werden, so Miersch. „Zum Glück“, lobt er, „ist das Gericht nicht nur bei vagen Andeutungen zum Schutz der Umwelt geblieben, sondern hat dem Gesetzgeber mit Verweis auf den Grundgesetz-Artikel 20a Spielraum zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen gegeben.“ Der Gesetzgeber trägt danach Verantwortung, diese für zukünftige Generationen zu erhalten.



IG-Nachbauanwalt und MDB: Matthias Miersch

über die Humangentechnik hinaus auch bei grüner Gentechnik Gesetzgebungskompetenz hat, da Veränderungen am Erbgut in elementare Strukturen des Lebens eingreifen. Die Karlsruher Richter argumentierten, gerade vor dem Hintergrund der breiten gesellschaftlichen Debatte um den Einsatz von Gentechnik und eines noch nicht endgültig geklärten Erkenntnisstandes der Wissenschaft bei der Beurteilung der langfristigen Folgen des Gentechnikeinsatzes treffe den Gesetzgeber eine besondere Sorgfaltspflicht. „Bei Gesetzgebungsverfahren wie einer möglichen Gentechnikgesetz-Novelle muss und wird das Urteil der Karlsruher Richter hohe Beachtung finden“, so Miersch, „da es die Grenze zum verfassungsrechtlich Möglichen kennzeichnet.“ Seiner Auffassung nach weist das Urteil über die grüne Gentechnik hinaus und sei auch für andere Risikotechnologien von Bedeutung. Ein Aushebeln der grundsätzlichen Entscheidung durch neue Gesetzesnormen sei nicht möglich, da die Opposition oder betroffene Bauern erneut das Verfassungsgericht anrufen würden. Einzig durch Umsetzung möglicher europäischer Neuregelungen, wie einer aufgeweichten Nulltoleranz bei nicht zugelassenen GVOs, könnte die Regierung versuchen, das Urteil zu umgehen, meint Miersch. Dabei müsste das Karlsruher Urteil aber stets berücksichtigt werden.

Eine Absenkung des augenblicklich hohen Schutzniveaus im Gentechnikrecht sei verfassungsrechtlich hochproblematisch. Dazu zählt auch das im Eckpunktepapier zur Reform des Gentechnikgesetzes vorgesehene

mögliche Abweichen der Bundesländer von bundeseinheitlichen Koexistenzabständen. Würden in bestimmten Bundesländern Rechte der gentechnikfreien Landwirtschaft derart beschnitten, wären auch andere Bundesländer betroffen, so Miersch weiter, da die Lieferung von Saatgut nicht vor Ländergrenzen Halt mache. In diesem Fall müsse versucht werden, mit einem einstweiligen Rechtsschutzverfahren etwa einen vorläufigen Stop der Aussaat zu erreichen.

Miersch fordert, im Gegenteil, weitere Punkte ins Gesetz einfließen zu lassen: Um Koexistenz und Wahlfreiheit zu ermöglichen, spricht er sich für strengere Haftungsregeln aus. Angesichts der Saatgut-Verunreinigungen bei der Firma Pioneer sei es als zweiter Punkt nötig, Saatgutunternehmen bestimmte Verpflichtungen aufzuerlegen: Unabhängige Zertifizierungssysteme für Saatgut müssten eingerichtet werden und nach einheitlichen Probenahme- und Untersuchungsverfahren arbeiten. Dabei müsste die Gentechnik-Branche an den Kosten beteiligt werden. Auch müssten Landwirte ihren durch Saatgut-Verunreinigung entstandenen Schaden viel schneller geltend machen können. Vor dem Hintergrund der zur Zeit laufenden Klage einer Gruppe von Imkern vor dem Europäischen Gerichtshof forderte er weiter, eine bisher im Gentechnikgesetz fehlende explizite Regelung zum Schutz von Imkern zu ergänzen. Der Wert der Bienen gehöre zu den natürlichen Lebensgrundlagen und falle unter den Schutz des Artikels 20a. *ch*



Saisongärten

„Meine Ernte“ – unter diesem Motto bieten zwei junge Unternehmerinnen garten-ungeübten Stadtbewohnern in bisher schon sechs Ballungszentren einen Gemüsegarten für jeweils eine Saison an. 179 Euro pro Saison kostet das für 45 qm und 329 für 85 qm – dafür hat die „Meine Ernte Ganders und Kirchbaumer GbR“ den Acker von Landwirten gepachtet, kultiviert und mit 20 Gemüsesorten (nach Wahl) bepflanzt, die Gartengeräte, Gießwasser und einen Schuppen bereitgestellt – Beratung, „Quatschen mit den Nachbarn“, Naturnähe und Bezug zur Erzeugung von Lebensmitteln inklusive. Natalie Kirchbaumer und Wanda Ganders wollen ihr Konzept bis 2012 auf 22 Ballungsräume ausweiten. Internetadresse: www.meine-ernte.de . *en*

Grundgesetz-konform

Das Bundesverfassungsgericht hatte Mitte November den Normenkontrollantrag des Landes Sachsen-Anhalt gegen das Gentechnikgesetz in allen Punkten abgewiesen. Damit ist das Gentechnikgesetz Grundgesetz-konform. Weder sah das höchste deutsche Gericht das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung, noch die Berufs- oder Wissenschaftsfreiheit verletzt. Die Neufassung der Begriffe „Inverkehrbringen“ und „gentechnisch veränderter Organismus“ (§ 3) und damit die Geltung des Gentechnikgesetzes auch für Freisetzungsversuche bestätigte es ebenso wie die Regeln zum Umgang mit inverkehrgebrachten Produkten (§ 16b). Karlsruhe bekräftigte die öffentliche Einsehbarkeit des Standortregisters (§ 16a), da dem Gericht zufolge Transparenz einen wichtigen Beitrag für den öffentlichen Meinungsbildungsprozess leistet.

Die gesamtschuldnerische Haftung im Gentechnikgesetz (Ansprüche bei Nutzungsbeeinträchtigungen, § 36a) stellt laut dem obersten deutschen Gericht keine neuartige Sonderhaftung dar, wie Sachsen-Anhalt zuvor beklagte. Weiter stellte das Gericht fest, dass der Bund



Die jAbl demonstrierte im Juni vor dem BfG für strenge Regelungen beim Einsatz von Agro-Gentechnik

Foto: Matoff

Mit bunter Vielfalt

Gentechnik-Protest während KWS Hauptversammlung

Bereits von weitem waren sie zu hören: die rhythmischen Sambatrommeln der „jungen Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft“ („jAbL“). Damit wurden am 16. Dezember zwischen neun und elf Uhr die Protestaktionen zur Hauptversammlung des Gentechnikriesen KWS Saat AG stimmungsvoll eingeleitet. Denn nicht nur die trommelnden Bäuerinnen und Bauern der „jAbL“ sorgten im Südniedersächsischen Einbeck für ein buntes Protestbild, auch die Initiative „Witzenhäuser Agrar-Studierende, Landwirte und Gärtner für eine gentechnikfreie Landwirtschaft“ hat sich einiges einfällen lassen. „Hiermit erkläre ich: Gentechnikrüben der KWS gefährden die Umwelt – Gerichtsdienere schreite zur Tat“, urteilt der als Richter verkleidete Agrarstudent Christian Bayer von einem Traktoranhänger aus. Beide Gerichtsdienere handeln ohne Umschweife, holen eine der KWS-Rüben aus einer großen Kiste und vernichteten sie in der „Gentechnik-Rüben-Häckselmachine“. „Wir wollten mit dieser Aktion darauf hinweisen, dass die Agro-

Gentechnik nicht nur unzählige Risiken für Mensch und Umwelt birgt sondern, dass für Konzerne wie KWS auch ein hohes wirtschaftliches Risiko besteht“, erklärt Christian Bayer, der vor seinem Studium bereits eine Lehre zum Landwirt abschließen konnte. Konkret gemeint ist mit dieser Aussage ein Richterspruch aus dem August diesen Jahres. US-Richter Jeffrey White hatte damals erklärt, die Gentechnik-Rübe „H7-1“ der KWS habe keine ausreichenden Sicherheitsprüfungen durchlaufen und dürfe in den USA nicht mehr angebaut werden, bis neue Sicherheitsstudien vorliegen.

Kritische Aktionäre

Doch nicht nur vor den Toren der KWS war das Gerichtsurteil aus den USA Inhalt der Protestaktionen zur KWS Hauptversammlung. Vor allem innerhalb der Hauptversammlung musste sich KWS einer weitreichenden Gentechnikkritik stellen. Steffi Clar von der „Interessensgemeinschaft für eine gentechnikfreie Saatgutarbeit“ (IG Saatgut) schilderte den Aktionärinnen und

Aktionären eindrücklich, dass es sich bei der von KWS angestrebten Koexistenz um eine Farce handelt. „Die lange Liste an Verunreinigungenpannen in der Saatgutarbeit ist nicht nur ein Vorgeschmack, was uns beim großflächigen Anbau von GV-Pflanzen erwartet, sondern schon jetzt die Folge gescheiterter Koexistenzversuche“, so ihr Statement.

Zwar wurde sowohl Aufsichtsrat als auch Vorstand letztlich mit einer deutlichen Mehrheit von über 99 Prozent entlastet. Für die jungen Bäuerinnen und Bauern der jAbL war dies allerdings kein Grund, die Köpfe hängen zu lassen. „Wir haben auch in diesem Jahr wieder eine große Öffentlichkeit mit unserem Anliegen erreicht – darum geht es“, resümiert Christian Bayer. *Phillip Brändle*

www.kws-gentechnikfrei.de



Sambatrommeln gegen Gentechnik

Foto: Brändle

Regionen, soziale Strukturen, Umwelt: Bio bedeutet Zukunft!
Willkommen zum weltweit größten Austausch von Produkten,
Erfahrungen und Visionen – auf der BioFach!

Nürnberg, Germany
16. – 19.2.2011



BioFach 2011

Weltleitmesse für Bio-Produkte

Hier trifft sich die Bio-Welt

www.biofach.de

Alle Aussteller, Produkte
und Neuheiten:
www.ask-BioFach.de

Veranstalter
NürnbergMesse
Tel +49(0)9 11.86 06-49 09
Fax +49(0)9 11.86 06-49 08
besucherservice@nuernbergmesse.de

Zutritt nur für Fachbesucher

Schirmherr der BioFach
IFOAM
International Federation of
Organic Agriculture Movements

Nationaler Ideeller Träger
BOLW
Bund Ökologische
Lebensmittelwirtschaft

NÜRNBERG MESSE

Brokkolipatent weiter ungeklärt

Patentamt verbietet Patentierung konventioneller Zuchtverfahren

„Im Wesentlichen biologische Zuchtverfahren von Pflanzen und Tieren“ sind nicht patentierbar. Zu diesem Urteil kam am 9. Dezember die Große Beschwerdekammer des Europäischen Patentamts (EPA) in München. Das EPA entschied, dass natürliche Kreuzungs- und Ausseleverfahren trotz des Einsatzes einfacher technischer Mittel wie der Gen-Diagnose ein im Wesentlichen biologisches Zuchtverfahren darstellen. Nach europäischem Recht sind Patente auf diese Verfahren zwar verboten. Die Europäische Bio-Patentrichtlinie macht allerdings eine Ausnahme, wenn einfache technische Mittel einbezogen werden. Mit der Interpretation des Gesetzestextes durch das EPA fällt diese Ausnahme nun weg, so dass Patente auf biologische Zuchtverfahren klar verboten sind.

Nicht entschieden wurde dagegen über die Patentierbarkeit der aus diesen Zuchtverfahren hervorgehenden Produkte, wie die für Biotechnologie zuständige Direktorin des EPA, Siobhán Yeats, bestätigte. Christoph Then, Patentexperte von Testbiotech,

wirtschaft fordert eindeutige Patentverbote auf Pflanzen und Tiere, Zuchtungsverfahren, Saatgut und Nachkommen sowie daraus hergestellte Lebensmittel. Unabhängig davon, ob konventionell oder gentechnisch verändert. Dazu ist es laut AbL nötig, das deutsche und europäische Patentrecht zu ändern. Die schwarz-gelbe Regierung hat sich im Koalitionsvertrag bereits für ein Verbot der Patentierung konventionell gezüchteter Tiere und Pflanzen ausgesprochen. Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) plädierte nach dem Urteil des EPA für eine Anpassung der europäischen Biopatentrichtlinie hinsichtlich der Reichweite von Patenten bei nicht-konventionell gezüchteten Nutztieren und -pflanzen. Aigner: „Hier lässt die europäische Biopatentrichtlinie großen Spielraum zu und ermöglicht nicht nur die Patentierung einzelner Pflanzen und Tiere, sondern auch deren Nachkommen und Produkte.“ Gesetzliche Nachbesserungen bei Patenten auf biologische Zuchtverfahren, daraus entstehende Pflanzen und Tiere, deren Nachkommen

sowie Produkte sieht das BMELV zunächst nicht als notwendig an. Federführend wäre eigentlich Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, die sich ähnlich wie Forschungsministerin Annette Schavan bisher nicht zum Thema geäußert hat. Beobachtern zufolge besteht großer Reformbedarf, hauptsächlich auf europäischer Ebene. Auf nationaler Ebene könne man laut Then zwar ein klares Zeichen setzen und europäische Patentregeln präzisieren. Entscheidend sei aber, ein Handeln in Brüssel voranzutreiben.

Fehlende Kontrolle des Patentamts

Dazu Christoph Then: „In den letzten Jahren hat das Amt über 100 Patente vergeben, die sich auf die normale Pflanzen- und Tierzucht erstrecken, Einsprüche werden abgewiesen.“ Das EPA lege Patentverbote sehr eng aus. Für reformbedürftig hält er nicht nur die europäischen Patentgesetze, sondern auch die Strukturen des EPA, das keine Einrichtung der EU ist und nicht der Gerichtsbarkeit der europäischen Gerichte untersteht. Da es sich über Jahresgebührenanteile zu prüfender, erteilter und aufrechterhaltener Patente finanziert, hält Then das Exekutivorgan der europäischen Patentorganisation für nicht unabhängig. Es fehle ihm hinsichtlich ethischer, juristischer und sozioökonomischer Aspekte an gesellschaftlicher und politischer Kontrolle. *ch*



Trutzburg Europäisches Patentamt

Foto EPA

sieht das Urteil deshalb kritisch. Wie mit dem Brokkolipatent vor der Technischen Beschwerdekammer verfahren wird, bleibe abzuwarten. Die Technischen Beschwerdekammern am EPA prüfen Beschwerden gegen den Umgang mit konkreten Patenten. Die Große Beschwerdekammer entscheidet nur dann, wenn die einheitliche Rechtsanwendung gesichert werden muss oder Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung sind. Nach der Bestätigung eines Patents auf konventionell gezüchtete Sonnenblumen vom Mai diesen Jahres scheint beim Brokkolipatent ein ähnliches Urteil der Technischen Beschwerdekammer möglich: Wird ein Patent auf das Zuchtverfahren verweigert, werden die Pflanzen und die aus ihnen hergestellten Produkte selbst patentiert.

Politisches Handeln gefordert

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Land-

Kurzes am Rande

Gentechnik für Schüler

Alles über Gentechnik. Beim *Infodienst Gentechnik* gibt es ab sofort Internetseiten zu Grundlagen der Gentechnik in der Landwirtschaft. Wie funktioniert die Gentechnik, was ist auf dem Acker und was auf dem Teller und wie sieht die rechtliche Lage aus? Solche und andere Fragen werden mit „Gerd dem Gen“ anhand von Text, Bild und Video beantwortet. „Wir möchten für alle Interessierten einen leichten Einstieg in das komplizierte Thema bieten und ihnen die Möglichkeit geben, sich selbst eine Meinung zu bilden, ohne ihnen kritische Informationen vorzuenthalten“, so der Informationsdienst. Besonders angesprochen sind Schüler und Schülerinnen. Zu finden ist die Seite unter www.werwiewasgentechnik.de mh

Gentechnikfreie Zone

Thüringen ist gentechnikfrei. Seit Ende November gehört das Bundesland Thüringen der „Charta gentechnikfreier Regionen“ an. Der Beitritt in das europaweite Netzwerk entspreche dem Willen der Mehrheit der Thüringer Bevölkerung, erklärte Sozialministerin Heike Taubert von der SPD. Thüringen, wo nach Angaben des Sozialministeriums seit zwei Jahren keine gentechnisch veränderten Pflanzen mehr angebaut werden, sei mit dem Beitritt als einziges deutsches Bundesland vertreten. mh

Verlorener Schatz

Russland bringt seine Sammlung alter Kulturpflanzen in Gefahr. Das Wawilow-Institut in Sankt Petersburg ist mit den Genen von 320.000 alten Kulturpflanzensorten die drittgrößte Gendatenbank der Welt. 90 Prozent der dort verwahren Pflanzensamen finden sich in keiner anderen Sammlung. Fast 6.000 Obst- und Kulturpflanzen wachsen auf 500 Hektar Anbau- und Zuchtflächen des Instituts. Jetzt will der Staat das Grundstück als Bauland verkaufen. Lediglich 20 Hektar sollen den Forschern für den Anbau der zum Teil in der Natur ausgestorbenen Arten bleiben. Eine Umsiedelung der Pflanzen sei schwierig. Viele Arten könnten das nicht überleben, so die Forscher. Ein Teil der mit den wertvollen Pflanzen bewachsenen Fläche wurde schon an private Immobilienmakler verkauft. Einer der wertvollsten Schätze Russlands und der Menschheit soll einem neuen Villenviertel weichen. mh

Zu Besuch: Gentechnikkritiker aus Amerika

Aktuelle Informationen aus bäuerlicher und wissenschaftlicher Sicht: Was ist dran an höheren Erträgen, weniger Pestiziden, geringeren Kosten, Patentstreitigkeiten?

Kurzfristig haben zwei Gentechnikkritiker aus Amerika für eine Rundreise durch Deutschland zugesagt, die die AbL mit den gentechnikfreien Regionen und der IG-Nachbau durchführt.

Troy Rush hat eine Farm in Indiana und ist Vizepräsident der „Amerikan corn growers association“. Er baut Mais, Soja und Weizen an. Nach zweijährigem Klageverfahren von Monsanto gegen ihn, hat er seinen konventionellen Sojaanbau auf GV-Soja umgestellt. Im Jahre 2005 traten erste Probleme mit Roundup-resistenten Unkräutern auf, die mehr und mehr zum Problem für amerikanische Farmer werden. Deshalb baut Troy Rush wieder vermehrt konventionelle Sojasorten an.

Bill Freese ist Politikwissenschaftler beim Zentrum für Nahrungsmittelsicherheit (Center for Food Safety, CFS). Das CFS verfolgt seit Jahren die Patent-Rechtsstreitigkeiten, die Monsanto gegen US-amerikanische Bauern führt. Der von der CFS verfasste Bericht:

„Monsanto vs. US Farmers“ zeigt eindrücklich auf, welche Folgen die Einführung von GVO auf die Landwirtschaft und die ländlichen Regionen hat und mit welchen Methoden Monsanto gegen die Farmer vorgeht. Das CFS begleitet auch die Klagen, die sehr aktuell den Zulassungstopp der GV-Roundup Ready Zuckerrüben und Luzerne erwirkt haben.

Voraussichtliche Termine:

25.01. Schmalfelden und südliches Baden-Württemberg

27.01. Fulda

28.01. Berlin

29.01. BDM-Symposium, Berlin

30.01. Märkisch-Oderland

31.01. Eckenfelden

1.02. Neumarkt i.d.Opf.

Weitere Termine sind in Planung,

Aktuelles unter: <http://www.abl-ev.de/aktuelles.html>

Wieviele Blumen darf ich pflücken?

Welche Werte bestimmen unser Handeln? Wo fängt die Verantwortung gegenüber anderen Lebewesen an? Abriss einer bäuerlichen Ethik

Der Umgang mit Tieren, insbesondere mit Nutztieren, spielte in der abendländischen Philosophie lange keine oder eine sehr untergeordnete Rolle. Einer der wenigen, der Vorsokratiker Pythagoras, mahnte die Schonung der beseelten Geschöpfe an und Empedokles verurteilte das Schlachten von Tieren, wobei bei beiden der Aspekt der Seelenwanderung die Erklärung dafür war. Ein Denken ohne derartige Aspekte, welches die Tiere um ihrer selbst willen achtete, trat eigentlich erst am Vorabend der 48er Revolution zu Tage. So waren es württembergische Pfarrer wie Adam Dann und Albert Knapp, welche im Namen der Tiere dazu mahnten „unser meist kurzes, mühevolltes Leben“ erträglich zu machen. Die Gründungen der Tierschutzvereine haben hier ihre Wurzeln. Zwar hatte bereits Martin Luther den Tieren eine Seele zugestanden, jedoch ohne die Folge einer moralischen Handlungsweise daraus abzuleiten. Etwa hundert Jahre nach Luther vertrat der Rationalist Rene Descartes die Ansicht, dass Tiere geist- und seelenlose Automaten seien, deren Schmerzensschreie nur mechanische Reaktionen wären.

unedlen Volkes.“ Während in derselben Zeit in den USA die Sklaverei noch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor war, trat aus dem humanistisch-christlichen Weltbild Europas die Forderung nach einem verantwortungsvollen Umgang mit unseren Mitgeschöpfen. Auch in der Dichtung jener Zeit kam diese Einstellung zum Ausdruck, vor allem bei dem Bauern und Dichter Christian Wagner. Von Wulf Kirsten wird er als einer beschrieben, dessen „zentrales Anliegen die Schonung aller Geschöpfe und Pflanzen war“. Bei Christian Wagner ging es soweit, dass er eine Kuh, welche er dem Metzger verkauft hatte, wieder zurückholte, obwohl er mit Sicherheit das Geld hätte gut gebrauchen können. Das heißt, die ideelle Sichtweise mündete in eine ethisch-moralische Handlung. Eine der maßgeblichsten Auseinandersetzungen mit dieser Thematik gelang dem 1875 im Elsass geborenen Arzt, Theologen, profunden Bachkenner und Kulturphilosophen Albert Schweizer. Eine oder vielleicht die zentrale Aussage des gewaltigen Stoffes gipfelt in dem Satz von der „Ehrfurcht vor dem Leben“. „Du lebst in einem Meer von Leben, das leben will“, war der Ausgangspunkt seiner Ethik, worin alles Lebende eingeschlossen ist. „Wo ich irgendwelches Leben schädige, muss ich mir darüber klar sein, ob es notwendig ist. Über das Unvermeidliche darf ich nicht hinausgehen, auch nicht im scheinbar Unbedeutenden. Der Landmann, der auf seiner Wiese tausend Blumen zur Nahrung für seine Kühe hingemäht hat, soll sich hüten, auf dem Heimweg in geistlosem Zeitvertreib eine Blume am Rande der Landstraße zu köpfen, denn damit vergeht er sich am Leben, ohne unter der Gewalt der Notwendigkeit zu stehen“, und weiter: „Wo irgendwo das Tier zum Dienst des Menschen gezwungen wird, muss jeder von uns mit dem Leiden beschäftigt sein, die es um dessentwillen zu tragen hat.“ Für Albert Schweizer steht somit der bewusste Umgang mit der zwangsläufigen Schuld im Zentrum seines Denkens. Ein leichtfertiger Automatismus im Umgang mit

allem Lebendigen ist ausgeschlossen. Das Handeln soll bestimmt sein durch ein „tätiges Mitleid“. Um zu diesem „tätigen Mitleid“ zu kommen, bedarf es aber zunächst des Mitleidens. Dostojewski beschrieb Mitleid und Mitleiden folgendermaßen: „Mit einem Märtyrer leiden wir mit, einen Bettler bemitleiden wir.“ Schweizer: „Die Ehrfurcht

schlachtung wird niemals aus diesem Dilemma herauskommen.

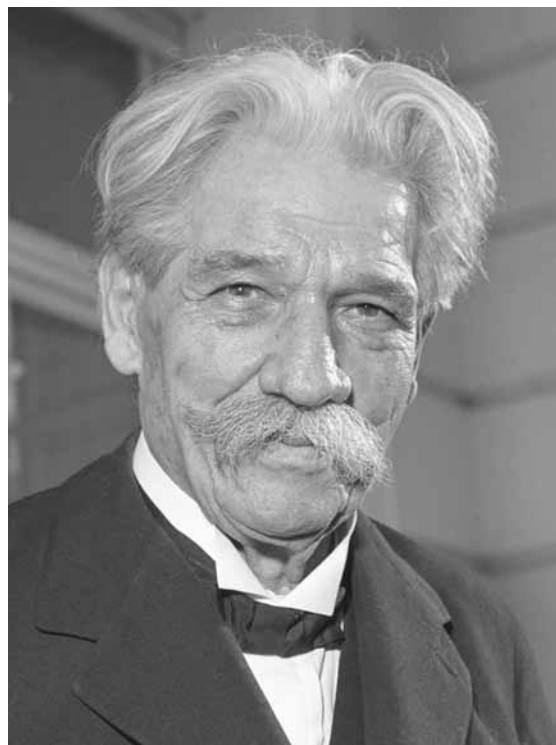
Sterben, töten, morden

2005 habe ich eine Kuh geschlachtet, die zu diesem Zeitpunkt 14 Jahre alt war. Eine Deutsch-Angus-Fleckvieh-Kreuzung mit einem Gewicht von 15 Zentnern. Es war eine wache, ver-



Wieviele Blumen darf man mähen, wieviele pflücken?

Foto: Rill/Pixelio



Albert Schweizer: moralischer Vordenker

Foto: Bundesbildstelle

Menschen, Sklaven, Tiere

Im späteren 19ten Jahrhundert weitete dann die Naturphilosophie mit Carus und Spencer mit Hilfe der Psychologie den Blick auf die Tiere. Alexander von Humboldt schrieb damals: „Grausamkeit gegen Tiere ist eines der kennzeichnendsten Laster eines niederen und

wird, muss jeder von uns mit dem Leiden beschäftigt sein, die es um dessentwillen zu tragen hat.“ Für Albert Schweizer steht somit der bewusste Umgang mit der zwangsläufigen Schuld im Zentrum seines Denkens. Ein leichtfertiger Automatismus im Umgang mit

vor dem Leben wird erst dadurch zur unmittelbarsten und zugleich tiefsten Leistung meines Willens zum Leben, was auch eine Bejahung der Welt bedeutet“, das heißt, ein passiver Umgang mit dem Lebendigen widerstrebt diesem Prinzip der Ehrfurcht. Eine Haltung, wie sie beispielsweise im Buddhismus oder Hinduismus praktiziert wird, ist nicht genug. Während in diesen Philosophien die eigene Reinheit und das Reinbleiben von der Verschmutzung der Welt steht, nimmt Albert Schweizer die Kreatur in das Selbst hinein. Damit steht er den chinesischen Denkern wie Lao-Tse näher, in dessen Tao Te King über den höheren Menschen geschrieben steht: „Er ist stets ein guter Helfer der Geschöpfe, darum verlässt er kein Geschöpf“.

Die Menge als Problem

In der heutigen Gesellschaft Chinas und deren Umgang mit Tieren haben solche Aussagen allenfalls noch marginales Gewicht. Wenn dort Hunde oder Katzen bei lebendigem Leib enthäutet werden oder in unseren Schlachthäusern das Töten am Fließband erfolgt, können auch pseudoethische Vorschriften wie das Betäuben die grundsätzliche Gedankenlosigkeit nicht verbergen. Industrielle Massentierhaltung und die zwangsläufige Massentier-

schmiste Kuh, die durch ihr Volumen gerade eben noch durch die Stalltür passte. Durch das Gewicht und ihr Alter bekam sie nun zunehmend Knochenprobleme, das Aufstehen fiel ihr immer schwerer. Irgendwann stellte sich deshalb die Frage: „Wie weiter?“ Sie im Stall verenden zu lassen (dies war mir einmal bei einer anderen Kuh passiert) und damit die Maschinerie der Gesundheitsbehörde zu mobilisieren kam nicht in Frage. Also beschloss ich, aus ihr Salami werden zu lassen. Da der Salamimetzger selber nicht schlachtete, steuerte ich den Schlachthof in seiner Nähe an, von welchem aus dann das Fleisch zu ihm gebracht werden sollte. Als wir am Schlachthof ankamen, warteten auf der Laderampe in einem Vorraum bereits zwei weitere Kühe. Bis dahin konnte ich meine Kuh begleiten, aber danach begann ihr alleiniger Weg. Der Moment, in dem das Rolltor geschlossen wurde, ich sie nicht mehr streicheln konnte und wir keinen Blickkontakt mehr haben durften, war einer der schlimmsten in meinem bäuerlichen Dasein. Nicht, dass am Ende der Tod steht ist das Fürchterliche, sondern die erzwungene Entfremdung, die Unmöglichkeit von notwendiger Nähe bis zum Ende. Albert Schweizer schreibt: „Alle

Fortsetzung nächste Seite oben

Fortsetzung von Seite 18

wertvolle Überzeugung ist irrational und hat enthusiastischen Charakter, weil sie nicht aus dem Erkennen der Welt kommen kann, sondern aus dem denkenden Erleben des Willens zum Leben.“ Schweizer beschreibt dieses Denken dann als die „einzig unmittelbare und einzig tiefe Weltanschauung“. Karl Jaspers sprach einmal davon, dass es „keine Existenz ohne Transzendenz“ gebe, Schweizer bezeichnet diesen Bereich, welchen es zu erreichen gilt, konsequenterweise mit dem Wort „ethische Mystik“.

Stefan Wichert von Holten, Probst von Lüchow-Dannenberg, sagte einem Schweinehalter, der zunehmend Zweifel an seiner Tätigkeit äußerte, dass er solche Bedenken nicht haben müsse, solange er noch jeden Morgen in den Spiegel schauen könne (*Bauernstimme* 7/2010). Eine solche Argumentationsweise ist oberflächlich und leichtfertig, denn hat nicht Hitler vor dem Spiegel seine Posen geübt bis zur Perfektion? Ich muss dem Tier in die Augen schauen und nicht mir, denn nur dort kann ich sehen, was ich nicht will.

Ein anderer Aspekt, mit dem wir Bauern jeden Tag zu tun haben, ist der Pflanzenbereich und der des Bodens. Wenn man weiß, dass in einem Liter Wiesenboden millionenfaches Leben ist, dann stellt sich auch hier zwangsläufig die Frage der Verantwortung. Wenn die moderne Landwirtschaft durch den Raubbau, den sie betreibt zur Verwüstung der Böden beiträgt, dann stellt sie sich eben dieser Verantwortung nicht. Die Auswirkungen dieser Verwüstung werden langfristig durch Unfruchtbarkeit spürbar, als logische Folge unseres Tuns, die durch Annahme von Verantwortung zu vermeiden wäre.

Seid gut zu den Viechern

Wenn die Landwirtschaft heute unter dem Zwang steht, Spitzenerträge und Spitzenleistung erbringen zu müssen, dann ist dies nicht nur widernatürlich, sondern dann führen solche Sachzwänge zwangsläufig zur Verrohung. Wenn ein Landwirt eine Kuh verrecken lässt, weil sich der Tierarzt nicht mehr rechnet, oder wenn ein Ziegenmilch- oder Ziegenkäseproduzent die frisch geborenen Ziegen im Tränkeimer ersäuft, weil das Ziegenfleisch wertlos ist im Gegensatz zur Milch, dann sind dies Beispiele im Extrem. Etwaige menschliche Empfindungen müssen hierbei unterdrückt werden. Das Gefährliche einer solchen Entwicklung besteht darin, dass eine Rechtfertigung durch Alibis erfolgt, welche ein Hinterfragen nicht mehr erlauben sollen. Der daraus erfolgende Selbstbetrug verschlimmert die Schuld. Entwicklungen wie die oben beschriebenen können hierbei durch Gesetze und Verordnungen allenfalls etwas gebremst werden. Das Grundproblem ist das Diktat einer wirtschaft-

lichen Unfreiheit des Bauern, trotz oder gerade durch das Subventionssystem, in dem Böden, Tiere oder Pflanzen zwangsläufig nur noch Produktionsfaktoren sind, wobei christlich-humanistische Sichtweisen nur den Betrieb stören.

„Seid gut zu den Viechern, denn wir leben von ihnen“, das war die Prämisse meines Großvaters, nicht das Fleisch, nicht die Milch, primär war es das Tier. Ein kleiner, aber wichtiger Unterschied. Um in diese Sichtweise hineinzukommen, bedarf es einer grundsätzlichen Systemänderung. Wirtschaftlicher und politischer Druck, permanente Kapitalknappheit, Zeitknappheit und Arbeitsüberlastung bestimmen heute den bäuerlichen Alltag. Dadurch wächst der psychische Druck, welcher sich auch physisch ausdrückt. Erhebungen zu diesen Entwicklungen fehlen jedoch. Psychische Krankheiten, plötzliche Herztode oder Selbstmorde sind ein weites und bisher ignoriertes Feld der jüngeren Landwirtschaft.

Ethisches Handeln ist grundsätzlich nicht möglich, wenn der Handelnde selber faktisch außerhalb steht oder stehen muss. Unter den gegenwärtigen Bedingungen wird sich diese Entwicklung jedoch weiter verstärken, weil der bäuerliche Familienbetrieb de facto längst mit industriellen Mitteln produzieren muss. Empfindung und Handlung stimmen nur noch punktuell überein und besonders infam und vulgär wird es dann, wenn Politiker vom bäuerlichen Familienbetrieb reden, den es zu erhalten gilt. Wir müssen diese Zu- und Missstände herausarbeiten und immer wieder benennen. Boden, Pflanze, Tier und Bauer sind in ihren Zusammenhängen einmalig und nicht voneinander zu trennen, weshalb eine bäuerliche Ethik ohne die bäuerliche Situation zu verstehen, unvollständig ist.

Herbert Ernst



Herbert Ernst: Bauer mit philosophischer Ader

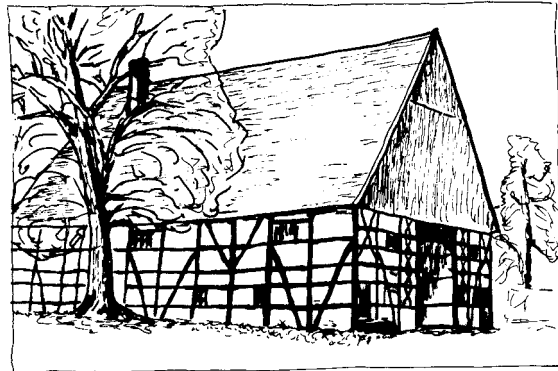
Foto: Nürnberger

Winter-Sehnsucht

Es wird Winter. Schnee liegt in der Luft; der erste Frost überzieht das Land mit einer zarten Kruste. Pflug, Kreiselegge und Sämaschine sind eingemottet. Die Saison ist vorbei. In den kommenden Monaten wird mir etwas fehlen. Erde. Ich liebe es, mit den Händen

in der Erde zu wühlen, zu fühlen, wie der Boden krümelt. Ich mag den Duft.

Man müsste ihn einfangen und aufbewahren, diesen Duft. So denke ich oft, wenn ich auf dem Acker bin. Genau das muss sich ein ameri-



....aus Nordrhein-Westfalen

kanischer Parfumerhersteller auch gedacht haben. DIRT heißt ein Duftwasser, das nach Erde duften soll. Es ist erhältlich in Sprühform, als „Cologne Spray“, neuerdings auch in Deutschland.

Dirt bedeutet nicht nur Dreck, sondern auch Erde. Vor allem in Nordamerika. „Clabbered dirt“ sagen die Farmer in Minnesota, wenn der Boden gut geackert ist. Flockige, lockere Erde, wie geronnen. Dirt farming heißt Ackerbau. Und aus dem Ackerbau stammt der Duft von DIRT, wie der Hersteller verrät: „Wir denken dabei an den 10. April, wenn im Nordosten der USA das Pflügen beginnt. Frisch gewendete Erde mit einer Spur Maisstoppeln der letzten Saison. Wundervoll.“ Kein Wunder: Der Parfumer-Designer der Firma hat selber eine Farm in Pennsylvania und wollte, dass DIRT genau so riecht wie die Erde der Felder rings um die Farm.

Nicht jeder Parfumbenutzer kommt vom Bauernhof oder besitzt Land, aber fast jeder hat Erinnerungen an endlose Sommertage draußen beim Spielen im Dreck und im Matsch. Wer würde sie nicht gerne lebendig werden lassen? Auf dieses Bedürfnis zielt DIRT ab. Das Duftwasser ist eines von vielen Produkten der Firma „Library of Fragrance“ („Bibliothek der Düfte“), die ein breites Spektrum an grundlegenden Düften anbietet, zum Beispiel „Gras“, „Heu“ oder „Schnee“.

„Gerüche können uns in eine bestimmte Zeit und an einen bestimmten Ort zurückversetzen“, so die Philosophie des Parfumerherstellers: „Es ist, als wenn wir durch einen Geruch einen direkten Zugang zu unseren tiefsten Erinnerungen hätten; er bringt zugleich die Gefühle und Sinneswahrnehmungen zurück, die wir damals hatten.“

Bleibt die Frage, wie man das Spray anwendet. Die Antwort verdanke ich meiner Friseurin: „Das Zeug kann man bestimmt wunderbar aufs Kopfkissen sprühen und immer daran schnuppern“, meinte sie, nachdem ich ihr neulich von dem Duftwasser erzählt hatte. Ich glaube, sie hat Recht. Wenn der Winter wieder so eiskalt zuschlägt, werde ich mir eine Flasche davon besorgen.

DIRT.

Für mein Kopfkissen.

Für einen geerdeten Schlaf.

Ich glaube, ich werde wunderschön träumen.

Und ich weiß auch schon, wovon.

Eine Bauer (50 Jahre) erzählt ...

Mehrheit für neue EU-Agrarpolitik

Kritischer Agrarbericht 2011 sieht positive Zeichen aus Brüssel

Anleitung für eine bessere Landwirtschaft

Für ihren neuen Film bereiste die französische Filmemacherin Coline Serreau die Welt auf der Suche nach Menschen, die den Erdboden, und damit die ganze Natur, respektvoll behandeln. Der Film schildert konkrete Ansätze zur Verbesserung der katastrophalen Situation, in die die Landwirtschaft weltweit gedrängt worden ist. In „GOOD FOOD BAD FOOD – Anleitung für eine bessere Landwirtschaft“ werden Projekte und Menschen vorgestellt, die vielfältige Lösungen für die intelligentere Nutzung unserer begrenzten Ressourcen gefunden haben. Zu Wort kommen etwa Bauern der Landlosenbewegung Brasiliens, ein Saatgutvertrieb für alte Sorten und die indische Physikerin Vandana Shiva. Die Regisseurin zeigt Menschen, die dagegen kämpfen, dass unsere Böden und Nahrungsmittel durch chemische Dünger und Pestizide vergiftet werden, und sich dagegen wehren, dass nur wenige skrupellose Konzerne weltweit das Saatgutangebot kontrollieren. *ch Kinostart in Deutschland ist der 20. Januar.*

Ein „positives Zeichen“ sehen eine Vielzahl der Autoren und Autorinnen des im Januar erscheinenden Kritischen Agrarberichts 2011 (KAB11) in der im November vorgelegten Mitteilung der EU-Kommission zur zukünftigen Ausgestaltung der EU-Agrarpolitik (GAP). Denn vieles von dem, was die Verbände auch des Agrar-Bündnisses seit Jahren fordern, hat dort Eingang gefunden. Positiv wird aus den Reihen des Agrar-Bündnis als Herausgeber des KAB11 auch gesehen, dass die Kommission die anstehende Reform der GAP „nicht allein mit Regierungen und einflussreichen Lobbyisten“ debattiert, sondern der Zivilgesellschaft ein Forum gibt (z.B. per Internet und Konferenzen), ihre Meinung und Forderungen öffentlich sichtbar einzubringen.

Fair, ökologisch, zukunftsgerichtet

Sichtbar wurde dabei insbesondere die Forderung nach einer stärkeren ökologischen Ausrichtung der Direktzahlungen sowie nach betrieblichen Obergrenzen für die Zahlungen und deren Verknüpfung mit Arbeitskräften. „Daran konnten wir nicht vorbeigehen“, so ein Kommissionsbeamter. Gestützt wird diese Neuausrichtung der GAP auch durch eine repräsentative Bevölkerungsumfrage (Eurobarometer) in sämtlichen 27 EU-Staaten. Demnach befürwortet eine überwiegende Mehrheit der Befragten (85% oder mehr) die „neuen Ziele für die Landwirtschaft und die ländliche Entwicklung“ wie beispielsweise die Erhaltung der Landschaft (93%), die Unterstützung der Bauern bei der Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels (89%), die gerechtere Verteilung der Direktzahlungen (88%), sowie die finanzielle Unterstützung für Bauern davon abhängig zu machen, ob bestimmte Regeln des Umweltschutzes, der Nahrungsmittelsicherheit und der artgerechten Tierhaltung eingehalten werden (87%). Übertragen in die Worte des KAB11 lauten die Ziele zur Ausrichtung der zukünftigen GAP dementsprechend: fair, ökologisch, tier- und zukunftsgerichtet.

Der KAB 11 zeigt aber auch, wo die Defizite des Kommissions-Vorschlags liegen. So fehlt es beispielweise an klaren Aussagen zum Tierschutz und zur zunehmenden

Industrialisierung in der Tierhaltung. Und die Kommission setzt weiterhin auf internationale Wettbewerbsfähigkeit und Exportorientierung ohne auch nur ein Wort über die Folgen zu verlieren. „Export-schlager Hunger“, lautet dementsprechend der Titel eines KAB-Beitrags, der sich mit den Opfern der europäischen Agrarpolitik beschäftigt.

Noch mehr Hunger und Armut war auch die Folge der Finanzkrise, als Nahrungs-

sprochen. Die Weltgemeinschaft (UN) verpflichtete sich 2002 im Rahmen der Konvention über die Biologische Vielfalt, den weltweiten Verlust von Arten, Lebensräumen und der genetischen Diversität bis 2010 zu senken. Die EU und mit ihr Deutschland hatten sich ein noch ehrgeizigeres Ziel gesteckt: eine Trendumkehr einzuleiten und den Verlust an Biodiversität zu stoppen. Beide Ziele wurden deutlich verfehlt. Es kam sogar zu einer Beschleunigung des Verlustes an biologischer Vielfalt. Trotz dieser „katastrophalen Bilanz“ spricht der KAB11 von einem „Schicksalsjahr“ für die Vielfalt, denn Hoffnung machte im Oktober die 10. Vertragsstaatenkonferenz der Konvention zur Biologischen Vielfalt in Nagoya. Dort „mündete das Versagen der bisherigen Politik in neuen, ambitionierten Beschlüssen und der politisch bekundeten Absicht, in den nächsten zehn Jahren doch noch eine Umkehr im ökologischen Abwärtstrend einzuleiten“.

Eine Chance dazu bietet auch die anstehende EU-Agrarreform, so der KAB11. „Agrarpolitik geht alle an“, lautet eine Botschaft des EU-Agrarkommissars Ciolos. „Es liegt nun an allen, den geöffneten Raum für Debatten und Vorschläge auch zu nutzen“, heißt es im Kritischen Agrarbericht 2011, der einmal mehr umfangreich und fundiert eine Vielzahl von Anregungen auch dafür bereit hält.

FebL

Der kritische Agrarbericht 2011, 304 Seiten, Paperback, ISBN: 978-3-930-413-45-4, 22,- Euro

*Der kritische Agrarbericht ist zu beziehen über den abL-Verlag
Bahnhofstraße 31,
59065 Hamm, Fax: 02381/492221*



mittel zum Spekulationsobjekt wurden und Agrarrohstoffe in die Fänge der Finanzmärkte gerieten. Ein Ende dieser Entwicklung ist noch nicht abzusehen. „Das Menschenrecht auf Nahrung ist keine Ware. Nahrungsmittel dürfen nicht zum Gegenstand spekulativer Geschäftsmodelle werden“, stellt der Agrarbericht unmissverständlich fest und benennt konkrete Maßnahmen, mit denen vor allem die Grundnahrungsmittel für Entwicklungsländer dem unregulierten Zugriff der Märkte entzogen werden.

„Agrarpolitik geht alle an“

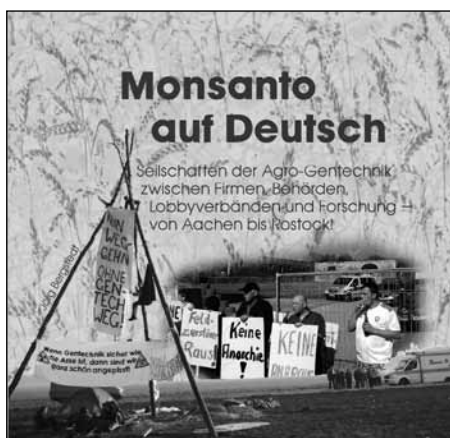
Der Schwerpunkt des KAB11 ist dem Thema „Vielfalt“ (Biodiversität) gewidmet. Und hier wird der internationalen, europäischen und auch nationalen Politik im Internationalen Jahr der biologischen Vielfalt 2010 ein vernichtendes Urteil über das Ergebnis ihres bisherigen Handelns ausge-

„Monsanto auf Deutsch“

Nachdem Autor Jörg Bergstedt bereits mit der Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit“ für Wirbel gesorgt hatte, legt er nun mit dem Buch „Monsanto auf Deutsch“ nach. Schon der Titel trägt den Widerspruch in sich: In Deutschland wird zur Agro-Gentechnik vor allem über den US-amerikanischen Konzern geredet. Blicke hinter die Kulissen der deutschen Akteure, immerhin drei Global Player und viele Kleinfirmer, fehlen bislang. Dieses Loch will das im Dezember 2010 erschienene Buch füllen. Seite für Seite erfolgt ein tiefer Blick in die Seilschaften der Agro-Gentechnik. Die ersten Kapitel drehen sich um die Verflechtungen zwischen Behörden, Firmen, Lobbyvereinen, PR-Agenturen und Wissenschaftlern. In einem zweiten Teil geht es unter anderem um die Frage der Koexistenz und Repressionen gegen Kritiker. Ein präzises Stichwort- und Personenverzeichnis macht das Buch zu einem Lexikon der Agro-Gentechnik-Netzwerke. Eine erschreckende Sammlung, die Wut macht. Wegen seinem Einsatz als Aktivist gegen einen Feldversuch in Gießen wurde Autor Jörg Bergstedt zu einer Freiheitsstrafe ver-

urteilt. Sein Buch musste er im Gefängnis vollenden.

Jörg Bergstedt: *Monsanto auf Deutsch*. SeitenHieb-Verlag 2010. 240 Seiten. 18 Euro. Zu beziehen über den AbL-Verlag.



Kurzes am Rande

AbL-Kalender 2011 – Fotos, die bewegen

„30 Jahre AbL e.V.“ haben wir zum Anlass genommen, im Fotoarchiv zu blättern und dabei unzählige Bilder gefunden, die belegen „Auf die Bewegung kommt es an!“ Eine Auswahl davon zeigt unser Monatskalender für 2011 und würdigt die vielen Themen, bei denen sich die AbL eingemischt und etwas bewegt hat. Bilder, die Mut und Lust machen, sich auch weiterhin tatkräftig zu engagieren! Auf jeder Seite findet der Betrachter eine kurze Erläuterung, bei welchem Anlass das Bild entstanden ist. *AbL Fotokalender 2011; „Auf die Bewegung kommt es an“; Format A 4, Spiralbindung, ISBN 978-3-930413-44-7; 10,- €*



AbL in Bewegung

JULI 2011

KW	MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
26					1	2	3
27	4	5	6	7	8	9	10
28	11	12	13	14	15	16	17
29	18	19	20	21	22	23	24
30	25	26	27	28	29	30	31

EINE KRITISCHE ZEITUNG BRAUCHT DAS LAND!

Anlässlich des 30. Jubiläums der „Unabhängigen Bauernstimme“ trafen sich LeserInnen, AbL und der Verlag auf dem Hof von Elli und Adi Lambke im Wendland. Hier blockieren wir das Eingangstor des atomaren Zwischenlagers in Gorleben. 30 Jahre Bauernstimme heißt: kritische und unabhängige Berichterstattung, über die man streiten und auch schmunzeln kann. Ohne Finanzspritzen durch Industrieanzeigen bauen wir auf die weitere Verbreitung durch unsere LeserInnen. =

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe: 2011 2010 2009 2008 2007 2006 2005
 22,- € 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

-Expl. Nützt ja nix Stückpreis 11,00 €
-Expl. Aus dem Moor, Stückpreis 11,00 €
- Expl. Ein Bauer erzählt, CD Stückpreis 10,00 €
- Expl. Schubkarrenrennen, Stückpreis 11,00 €
- Expl. Nehmt und Euch wird gegeben Stückpreis 27,40 €
- Expl. Der Wollmützenmann, Stückpreis 11,90 €
- Expl. Matthias Stührwoldt live, CD, Stückpreis 9,50 €
- Expl. Verliebt Trecker fahren, Stückpreis 9,90 €
- Expl. Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag Stückpreis 3,- €
- Expl. Monsanto gegen Bauern (aktualisierte Auflage) Stückpreis 3,50 €
- Expl. Wege aus der Hungerkrise Stückpreis 3,10 €
- Expl. Linda und Konsorten Stückpreis 14,90 € Neu!
- Expl. AbL-Kalender 2011 Stückpreis 10,- € Neu!

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ Bank: _____

Telefon: _____ ggf. E-Mail: _____

Name: _____ Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

Die Saat

Mehrere Wissenschaftler, die an einer gentechnisch veränderten Maissorte des Saatgut-Konzerns Edenvally arbeiten, sterben bei einer Serie grausamer Morde. Bei der spannenden Suche nach den Tätern und den Hintergründen kommen sich in die Quere: eine Kommissarin, ein Schriftsteller und eine Journalistin. Es geht um Genfood und die Herrschaft über die ganze Welt. Ein Thriller, bei dem man sich fragt, ob das Gelesene vielleicht gerade jetzt irgendwo tatsächlich passiert. *en Fran Ray, Die Saat, Bastei-Lübbe-Taschenbuch, 2010, 510 Seiten; 8,99 Euro.*



(Klein) Anzeigen**Hof und Arbeit**

● Wer hat Interesse zur Mitgestaltung einer Hofgemeinschaft auf einem Bio-Bauernhof? Rheinland-Pfalz, ☎ 0170 3663393, Oekohof-Halfmann@gmx.de

Sonstiges

● Umfangreiche Sammlung voll funktionsfähiger Pferde-Landmaschinen zu verkaufen. Infos und Liste: andres.scholtes@freenet.de

● Obstbäume in historischen und bewährten Sorten für Garten und Landschaft. Bioland-Baumschule PFLANZLUST. ☎ 05692-8635. Sortenliste unter www.pflanzlust.de

Tiermarkt

● Verkauft laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

● Hunde- und Katzenhaltung vom Tierheilpraktiker. Qualität, Akzeptanz, Preis/Leistung sehr gut. Durchholz/Sievers, ☎ 04166-1422. Infos: www.reico-buxtehude.de

Grundstücke für Windenergieanlagen gesucht!

Werden Sie Energiewirt und sichern Sie sich langfristige Pachteinnahmen bei weiterhin möglicher Bewirtschaftung. Interesse?
wpd think energy GmbH & Co. KG
Lars Rotzsche, T: 0561 / 102 25 -73, l.rotzsche@wpd.de

AbL Bayern Jahreshauptversammlung

Sonntag, den 6. Februar 2011

ab 10.30 beim Dorfwirt, Römerstr. 20
82290 Landsberied, Tel: 08141 223535
S-Bahn Schöngesing
www.zumdorfwirt.de

AbL Mecklenburg-Vorpommern Berlin Brandenburg

Öffentliche Veranstaltung zur Bodenfrage

Samstag, den 12. Februar 2011

13.15 bis 15.30 im Hotel Niederländischer Hof, Wintergarten, Alexandrinenstr. 12 in Schwerin (am Pfaffenteich, ca. 100 m vom Hbf) Vor der Tagung findet ab 10 Uhr die MV statt

Die Bodenpolitik als Förderinstrument für die agrarindustrielle Produktion - die bäuerliche Landwirtschaft als das notwendige Korrektiv

mit Dr. Jörg Gerke, Buchautor „Das ostdeutsche Agrarkartell“ und Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, AbL-Bundesvorsitzender

Info: Franz-Joachim Bienstein, Tel+Fax: 03841-791273

AbL Nordrhein-Westfalen Offene Jahrestagung mit Mitgliederversammlung

Donnerstag, den 10. Februar 2011

14 Uhr Haus Düsse, 59505 Bad-Sassendorf-Ostinghausen
Vor der Tagung findet ab 12.30 Uhr die MV statt

Die agrarpolitischen Herausforderungen unserer Zeit und unsere Antworten darauf

Mit Landesminister Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Naturschutz und Verbraucherschutz NRW

Info: Katharina Schäfer, Tel: 02381-9053170, nrw@abl-ev.de

Veranstaltungen**Tiergerechte Rinderfütterung**

10. Januar 2011, Obing
Tiergerechte Rinderfütterung als Herausforderung für die langfristige Wirtschaftlichkeit unserer bäuerlichen Betriebe mit Dr. med. vet. Magnus.
20.00 Uhr beim Oberwirt in Obing.
Kontakt: Abl Bayern

Stadt- und Landtouren NRW

13. Januar 2011, Recklinghausen
Dank einer Förderung des MKULNV haben wir die Möglichkeit, die Aktivitäten unserer Tourbegleiter finanziell zu unterstützen. Falls Sie Interesse haben, als TourbegleiterIn tätig zu werden oder mehr über das Projekt sowie die Regionalbewegung in NRW erfahren möchten, laden wir Sie ganz herzlich zur Auftaktveranstaltung ein.
Anmeldung bis 7. Januar: ☎ 05643-949271, nrw@tag-der-regionen.de. Die Veranstaltung ist kostenlos. Reisekosten können auf Anfrage erstattet werden. Infos unter: www.tag-der-regionen.de (Websites der Länder/NRW)

Höfe übergeben/übernehmen

14. bis 16. Januar 2011, Eisenach
Das Seminar zeigt anhand praktischer Beispiele und Fachbeiträge Möglichkeiten auf, wie die

Hofübergabe an inner- und außerfamiliäre Nachfolger realisiert werden kann. Es richtet sich an interessierte Bäuerinnen und Bauern, die sich mit der zukünftigen Weiterführung oder auch Aufgabe ihres Betriebes auseinandersetzen, und an junge Menschen, die aktiv in die Landwirtschaft einsteigen möchten. Thematisiert werden rechtliche Grundlagen, Gestaltungsmöglichkeiten, Verträge ebenso wie zwischenmenschliche Aspekte.
Anmeldung bis 31.12.2010 im Bioland Tagungsbüro, ☎ 04262 9590-70, Fax: -66, tagungsbuero@bioland.de

Tag der Offenen Tür

14. Januar 2011, Kleve
Die Ökoschule Kleve bietet 2011/12 wieder die Weiterbildung zum Agrarbetriebswirt in der Fachrichtung Ökologischer Landbau an. Anmeldeschluss ist Ende Februar 2011. Durch einen praxisorientierten Lehrplan werden die Schulabsolventen vorbereitet auf ihre spätere Tätigkeit in der landwirtschaftlichen Praxis oder als Fachkraft bei Verbänden, Vermarktungseinrichtungen und Kontrollstellen des ökologischen Landbaus. Der Besuch der Fachschule für ökologischen

AbL Hessen Mitgliederversammlung

Freitag, den 14. Januar 2011

Treffen von 10 bis 16 Uhr in 36304 Alsfeld/Eudorf
Hotel zur Schmiede, Ziegenhainer Str. 26

Diskussion der neuen Agrarpolitik, die Agrarkommissar Dacian Cioloș mit seinen Entwürfen zur GAP nach 2013 eingeleitet hat.

Was können wir auf Landesebene tun und was auf Bundes- und EU-Ebene?

Wir freuen uns auf ein anregendes und inspirierendes Treffen.

Kontakt: Henrik Maaß, Tel: 05542 6199546

**Heimat.
Land.Zukunft**
Diskussionsveranstaltung am 22.1.2011
im Deutschen Bundestag, Berlin
mit Renate Künast, Johannes Remmel,
Dr. Franz Fischler, Friedrich Ostendorff
Infos: heimat.land.zukunft@gruene-bundestag.de,
T: 030/227 59406 oder » gruene-bundestag.de » Termine

Landbau kann durch BAföG gefördert werden.

Infos unter ☎ 02821 996-171, christian.wucherpfennig@lwk.nrw.de, www.oekoschule.de

KLB-Bauernwoche

24.-28. Januar 2011, Wies/Steingaden
Unter dem Motto „Landwirtschaft zwischen Idyll und Realität“ bietet das Seminar neben Fachthemen zur Reform der Agrarpolitik, den Erhalt alter Obstsorten und einer Exkursion insbesondere berufsethische und christliche Orientierung.
Kath. Landvolkbewegung, ☎ 0821 3166-561, Fax: -569, www.klb-augsburg.de

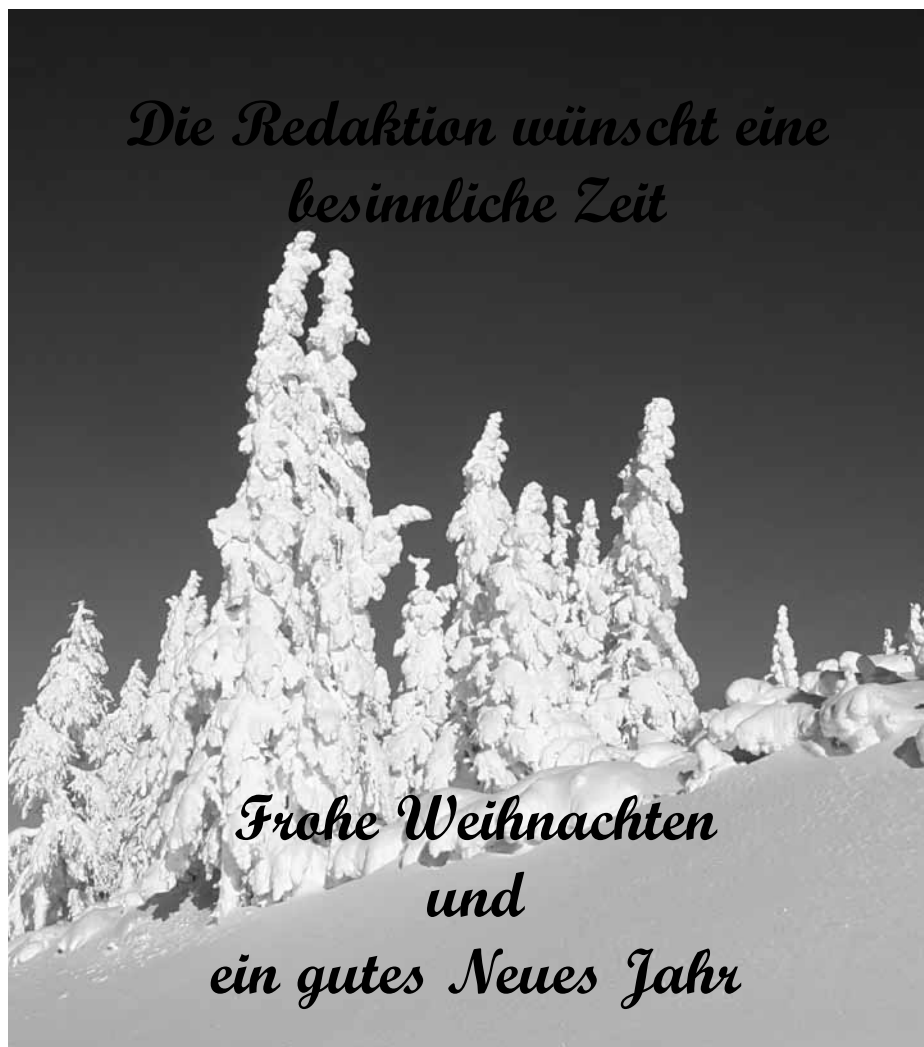
NEULAND: Dialog Tierschutz

25. Januar 2010, Berlin
Veranstaltung von NEULAND e.V. auf der Grünen Woche zum Thema: Eingriffe am Tier – vom Schnabel kupieren bis zum Schwänze abschneiden mit Brigitte Rusche, Vizepräsidentin Deutscher Tierschutzbund, zu: Problemanalyse der Nutztierhaltung aus Sicht des Tierschutzes; Prof. Matthias Gauly, Uni Göttingen, zu: Das Tier dem Haltungssystem anpassen oder das Haltungssystem den Tieren. Welche Alternativen gibt es? Abschlusspodium mit Wolfgang Apel, Präsident Deutscher Tierschutzbund u. Vorsitzender NEULAND; Bernhard Kühnle, Abteilungsleiter BMELV; Prof. Gauly; Friedhelm Jaeger (NRW).
Messegelände ICC Raum 42 von 14 bis 17 Uhr, Kontakt: NEULAND, Verein für tiergerechte und umweltschonende Nutztierhaltung, ☎ 0228 60496-0, Fax -40, www.neuland-fleisch.de

Neue gemeinsame Agrarpolitik ab 2013 in Hessen

11. Februar 2011, Wiesbaden
Chancen nutzen – Umwelt- und sozialgerechte Landwirtschaft sowie lebendige ländliche Räume gestalten! Der Vormittag zum Thema Agrarpolitik mit Martin Häusling, MdEP Fraktion Grüne; Friedhelm Schneider, Präsident Hess. Bauernverband; Romuald Schaber, Vors. BDM; Frieder Thomas, Geschäftsf. Agrarbündnis; Anna Runzheimer, Abt.leiterin Landwirtschaft des Hess. Umweltministeriums. Der Nachmittag zum Thema Ländliche Räume mit Manfred Geissendorfer, Forschungsgruppe Agrar- und Regionalentwicklung Triesdorf, FH Weihenstephan; Monica Kleiser, Bundesvors. der KLJB; Thomas Schaumberg, Geschäftsf. Vogelsberg Consult; Hans Hermann Harpain, stv. Generalsekretär Hess. Bauernverband; Werner Müller, Leiter der Abt. Landesentwicklung, Städtebau, Wohnungswesen des Hess. Wirtschaftsministeriums

Anmeldung bis 4. Februar: Isabel Kemper, i.kemper@ltg.hessen.de, ☎ 0611 350-598, Fax: -1655, www.gruene-hessen.de. Die Teilnahme ist kostenlos.



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221,
E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28,
21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Johanna Besier, Tel.: hanna.bes@gmx.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

Adi Lambke, Tel.: 05864/233; Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529

Interessengemeinschaft Boden:

Mecklenburg: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273; Brandenburg: Bernd Hüsgen,
Tel.: 033704/66161, Fax: 033704/66162

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annemarie Volling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg
Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de



Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 93,00 Euro
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 128,00 Euro
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
 Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 38,00 Euro
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 63,00 Euro
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330

Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114

Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147

Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, Tel.: 05865/9883-60, Fax: -61

Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 04233/669, Fax: 04233/217774

Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 04723/3201, Fax: 04723/2118

Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 05865/1247

Südnieders.: Andreas Backfisch, Tel.: 05508/999989, Fax: 05508/999245

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein,

Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Brandenburg: Bernd Hüsgen, Tel.: 033704/66161

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm,

Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221

Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069

Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264

Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575

Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761

Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421

Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel.: 05484/657

Hessen

Ortenberg: Helmut Keller, Tel.: 06401/50754, e-mail: amkloster@t-online.de;

Ebsdorfergrund: Reiner Claar, Tel.: 06424/2719, e-mail: biohof-claar@freenet.de;

Breitenbach a. H.: Sabine Kamlage, Tel.: 06675/312, e-mail: k.s.vetter@t-online.de;

Knüllwald-Red.: Karl Hellwig, Tel.: 05681/938528, e-mail: k.hellwig@web.de;

Homburg-Mü.: Dietmar Groß, Tel.: 05681/2607, e-mail: gross2607@aol.com

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,

Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;

Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218

Geschäftsstelle: Norbert Worm, Römerstraße 1, 54568 Gerolstein,

Tel.: 06558/8621, Fax 06558/900128, e-mail: bnworm@t-online.de, www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Landesverband: Jochen Fritz, Telefon: 0171-8229719, e-mail: fritz_jochen@web.de

Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;

Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584

Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278

Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Edith Liersch, Tel.: 08562/870; Josef Schmid, Tel.: 08742-8039

Fax: 967654

Geschäftsstelle: Andreas Remmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.:

08679/6474, Fax: 08679/9130145, Internet: www.abl-bayern.info

Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax: 08679/914284, Ute

Gasteiger, Tel.: 08039/1635

Land an Rott und Inn: Hilde Baumgartner, Tel. 08725/672; Konrad Zanklmaier, Tel.

08725/304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de

Allgäu: Elisabeth Waizenegger, abllallgaeu@gmx.de

Oberland: Elisabeth Friesenegger, Tel.: 08158-8486, lisi.friesenegger@googlemail.com, Josef

Lindauer, Tel.: 08803-488446, Fax.: 08803-9009562; e-mail: Martha_Lindauer@web.de

Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de

Franken: Isabella Hirsch, Tel.: 09852-1846; Burkhard Neubauer, Tel.: 09268-6667

Erding – Ebersberg, Sekretariat Hans-Jürgen Schlaak, Hochstraße 42, 84424 Isen,

Tel/Fax: 08083 9225, e-Mail: abl@schlaak-isen.de

Sachsen/Thüringen

Landesverband: Peter Hettlich, Markt 7, 04109 Leipzig,

Tel: 0341-2253789, Fax: 0341-1496363, e-Mail: peter.hettlich@t-online.de

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Auf nach Berlin!

Demonstration und Kundgebung für eine andere Agrarpolitik:
Wir haben es satt! NEIN zu Gentechnik, Tierfabriken, Dumping-Exporten
JA zur bäuerlich ökologischen Landwirtschaft
am 22. Januar 2011

Start 12:00 Uhr in Berlin / Hauptbahnhof, Washingtonplatz Die Demonstration zieht zum Brandenburger Tor

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der AbL-Bundesvorstand fordert Euch auf, am 22. Januar 2011 bei der wichtigen Demonstration und Kundgebung „Wir haben es satt: Nein zu Gentechnik, Tierfabriken, Dumping-Exporten“ in Berlin dabei zu sein. Wir haben uns mit 20 Organisationen zusammengetan, um eindrucksvoll für die bäuerlich ökologische Landwirtschaft zu demonstrieren.

Worum geht es?

Die Diskussion um die zukünftige Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung ist allgegenwärtig. Die Debatte um eine Reform der europäischen Agrarpolitik geht 2011 in eine heiße Phase. Zur Internationalen Grünen Woche 2011 und zum so genannten „AgrarDavos“ am 22. Januar in Berlin wird diese Diskussion einen ersten Höhepunkt erreichen.

Wir wollen deshalb zu diesem Termin in Berlin ein deutliches Zeichen setzen: Ein „Weiter so“ ist keine Option. Für eine bäuerlich ökologische Landwirtschaft. Für eine gentechnikfreie Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung. Für eine tiergerechte Haltung. Für fairen Handel mit den Ländern des Südens und faire Preise weltweit. Auf dem „AgrarDavos“ in Berlin wird die Bundesregierung mit ausgewählten Politikern und Industrievertretern aus aller Welt die weitere Entwicklung der Landwirtschaft diskutieren. Ein „Weiter so“, das „Wachsen oder Weichen“ in der Landwirtschaft und die Förderung einer agrarindustriellen

Entwicklung könnten das Ergebnis sein. Das alles unter dem Deckmantel des Klimaschutzes und der Bekämpfung des Hungers...

Nicht mit uns! Wir wollen zeigen, dass die kritische Bauernbewegung erstmals mit dem Netzwerk „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“, mit Bürgerinitiativen

gegen Massentierhaltung, mit der Gentechnikfreien Bewegung, mit Dritte Welt-Organisationen und engagierten Bürgerinnen und Bürgern auf die Straße geht und für eine andere Agrarpolitik zu streiten bereit ist. Wir möchten Euch im Namen des AbL-Bundesvorstandes auffordern, dabei zu sein und viele Freundinnen und Freunde mitzubringen. Eine große Bitte an die Bäuerinnen und Bauern: Prüft doch bitte, ob Ihr mit Euren Traktoren kommen könnt. Dieses „Wir-Gefühl“, zusammen mit unseren Partnern auf die Straße zu gehen, wird auch die jungen Menschen bestärken, dass es sich lohnt, für bäuerliche Interessen zu kämpfen. Politik über unsere Köpfe hinweg war gestern. Jetzt entscheiden wir über unser Essen. Ja zu bäuerlich ökologischer Landwirtschaft weltweit. Die Zeit ist reif: Auf nach Berlin! Wir zählen auf Euch.

Georg Janßen / Jochen Fritz für das Organisationsteam

Organisatorisches:

Bitte gebt Rückmeldung, wie Ihr uns unterstützen könnt bzw. ob Ihr mit dem Traktor nach Berlin kommt, damit wir besser planen können.
Telefon AbL: 04131-407757
Mail: janssen@abl-ev.de
Telefon Organisationsbüro: 030-21608621,
Email: info@wir-haben-es-satt.de
Hier könnt Ihr auch Infomaterial (Plakate und Flyer) bestellen.
www.wir-haben-es-satt.de



unabhängige bauernstimme: voller Lust am Mitreden

01/2011

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnettin / des Abonnenten Datum Beruf
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
oder Fax 02381 / 492221